

68. (Sonder-)Sitzung

Potsdam, Montag, 14. Januar 2013

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	5572	Antrag des Ministerpräsidenten	
1. gemäß Artikel 64 Absatz 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg auf Anträgen von 51 Abgeordneten und 22 Abgeordneten zu folgenden Beratungsgegenständen:		Drucksache 5/6647.	5572
„Den Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt betriebsbereit machen - Neues Vertrauen in den BER schaffen!“		Ministerpräsident Platzeck.	5572
und		Dombrowski (CDU).	5576
„BER-Desaster die Vierte: Der Flughafen wird zur Dauerlast für den Haushalt und ruiniert das Ansehen Brandenburgs; das fatale Krisenmanagement zerstört das Vertrauen in die Politik. Wie geht es mit dem Flughafen BER weiter, Herr Ministerpräsident Platzeck?“		Holzschuher (SPD).	5581
<u>in Verbindung damit:</u>		Büttner (FDP).	5584
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache		Görke (DIE LINKE).	5589
und		Vogel (GRÜNE/B90).	5593
Vertrauensfrage gemäß Artikel 87 der Verfassung des Landes Brandenburg		Schulze (fraktionslos).	5597
		Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	5599
		Anlagen	
		Gefasster Beschluss.	5600
		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 1 - Vertrauensfrage gemäß Artikel 87 der Verfassung des Landes Brandenburg - Antrag des Ministerpräsidenten - Drucksache 5/6647	5600
		Anwesenheitsliste	5600

Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).

Beginn der Sitzung: 11.00 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 68. Sondersitzung des Landtages Brandenburg.

Ich begrüße als unsere Gäste Schülerinnen und Schüler der Diesterweg-Oberschule aus Hennigsdorf. Herzlich willkommen im Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich muss als Erstes eine Rüge aussprechen. Sie wissen, dass es den Abgeordneten nicht gestattet ist, während der Sitzung politische Meinungsäußerungen, Demonstrationen oder Ähnliches vorzunehmen. Herr Goetz, ich habe Sie bereits darauf hingewiesen. Fühlen Sie sich entsprechend der Geschäftsordnung gerügt.

Wir kommen zum Entwurf der Tagesordnung. Er liegt Ihnen vor. Gibt es hierzu Bemerkungen? - Frau Vogdt als Erste.

Frau Vogdt (FDP):

Ich beantrage für die einbringende Fraktion die Erweiterung der Tagesordnung um die Drucksache 5/6648 (Neudruck), Einsetzung eines Sonderausschusses BER. - Danke.

Präsident Fritsch:

Danke. - Herr Senftleben.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Werte Kollegen! Der Kamin scheint in der Staatskanzlei ganze Arbeit geleistet zu haben. Wir wollen mit Blick auf § 42 der Geschäftsordnung des Landtages diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung streichen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Der ist ja noch gar nicht aufgerufen! - Zuruf CDU: Machen wir später!)

- Genau.

Präsident Fritsch:

Sie meinen den Punkt „Einsetzung eines Sonderausschusses“? Der steht ja noch gar nicht drauf. Er ist zwar hier vorgesehen,

(Heiterkeit und Zurufe CDU)

aber wenn der Sonderausschuss heute nicht auf der Tagesordnung sein soll und Sie widersprechen, dann kommt er auch gar nicht erst drauf. Dann gilt die Tagesordnung ohne diesen Punkt.

Es gibt noch eine Wortmeldung. Bitte, Frau von Halem.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Danke schön. - Auch wir würden uns dem unter Verweis auf § 42 gern anschließen und diesen Antrag lieber in der nächsten Woche beraten.

Präsident Fritsch:

So wird es sein. - Nun habe ich noch eine Wortmeldung. Herr Domres, bitte.

Domres (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Es ist natürlich das gute Recht von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diesen Antrag heute nicht zu beraten. Wir bedauern dies aber sehr, weil wir denken, jeder Tag, der verlorengeht, ist ein verlorener Tag.

(Lachen bei CDU und GRÜNE/B90 - Frau Nonnemacher [GRÜNE/B90]: Wir verlieren jeden Tag!)

Deshalb bedaure ich, dass CDU und Grüne diesen Antrag heute nicht beraten wollen. Wir denken, dass er in der nächsten Woche wirklich beschlossen wird.

Präsident Fritsch:

Sie haben unzweifelhaft Recht, dass jeder verlorene Tag ein verlorener Tag ist. Dieser Tagesordnungspunkt erscheint also nicht.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** gemäß Artikel 64 Absatz 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Brandenburg auf Antrag von 51 Abgeordneten und 22 Abgeordneten zu folgenden Beratungsgegenständen auf:

„Den Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt betriebsbereit machen - Neues Vertrauen in den BER schaffen!“

und

„BER-Desaster die Vierte: Der Flughafen wird zur Dauerlast für den Haushalt und ruiniert das Ansehen Brandenburgs; das fatale Krisenmanagement zerstört das Vertrauen in die Politik. Wie geht es mit dem Flughafen BER weiter, Herr Ministerpräsident Platzeck?“

in Verbindung damit:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und Aussprache

und

Vertrauensfrage gemäß Artikel 87 der Verfassung des Landes Brandenburg

Antrag
des Ministerpräsidenten

Drucksache 5/6647

Damit ist der Ablauf klar und wir beginnen mit den Redebeiträgen. Als Erstes die Regierungserklärung. Herr Ministerpräsident, bitte.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stehe aus zwei Gründen hier: erstens, weil ich weiterhin fest

davon überzeugt bin, dass unser neuer Flughafen Berlin-Brandenburg ein Erfolg wird,

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

und zweitens, weil ich weiß, dass der Bau dieses Flughafens bisher alles andere als erfolgreich verlaufen ist. Es gibt überhaupt kein Vertun, das Bauprojekt BER ist in sehr schwerwiegender Weise in Not geraten. Ob die Lage, die mit der nun erforderlich gewordenen erneuten Verschiebung der Inbetriebnahme des Flughafens eingetreten ist, als Desaster oder Katastrophe beschrieben werden sollte, ist nur eine Frage der individuellen sprachlichen Vorlieben. Klar ist: Keiner der harschen Begriffe, die in diesen Tagen, auf den BER gemünzt, zu hören und zu lesen sind, ist von der Hand zu weisen, und die Erschütterungen, die darüber hinaus vom Krisenherd BER ausgehen, sind beträchtlich.

Grundsätzlich infrage gestellt wird angesichts der eingetretenen Lage die Fähigkeit öffentlicher Träger, große Infrastrukturvorhaben überhaupt noch ordentlich planen und realisieren zu können. Grundsätzlich infrage gestellt wird in der öffentlichen Debatte auch die Kompetenz von global tätigen deutschen Industrieunternehmen. Hämisches oder mitleidig infrage gestellt wird aus europäischer und internationaler Perspektive sogar das erfolgreiche Gütesiegel „Made in Germany“. So bitter es ist, dies einzuräumen: Unser Flughafenprojekt ist vorerst zu einem negativen Symbol geworden - mit Auswirkungen weit über unsere Region hinaus.

In ihrer Pauschalität, meine Damen und Herren, sind die vernichtenden Bewertungen sicherlich nicht gerecht. Es ist keineswegs so, dass jeder Einzelne, der in den vergangenen Jahren am Bauvorhaben BER beteiligt gewesen ist, schlechte Arbeit abgeliefert hätte. Im Gegenteil, viele sehr tüchtige Menschen, gerade auch aus Brandenburg - Arbeiter, Handwerker, Techniker, Architekten, auch Mitarbeiter in öffentlichen Verwaltungen -, haben beim Bau dieses Flughafens sehr wohl Gutes geleistet, auch sehr Gutes, und darin schließe ich auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FBB ein, nicht zuletzt die Beschäftigten - das betone ich ganz besonders -, die in diesen Monaten in Tegel den Betrieb am Laufen halten. Sie leisten wirklich Großes.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie leisten viel und finden wenig Anerkennung. Das ist ungerecht, überzogen und darf so nicht stehen bleiben. Das darf und wird auch nicht das abschließende historische Urteil zum Flughafen BER sein. Ja, das Projekt ist in eine tiefe Krise geraten, aber das griechische Wort „krisis“ bedeutet eben nicht Ende. Es bedeutet nicht Niederlage und nicht Pleite, sondern es bedeutet Zuspitzung oder entscheidende Wendung. Wir müssen diese entscheidende Wendung jetzt herbeiführen, und zwar ganz klar zum Besseren, und dazu bin ich fest entschlossen.

Der Bau des Flughafens BER muss zu einem guten Abschluss geführt werden, weil die Zukunftsfähigkeit unseres Landes mit davon abhängt, weil der Wohlstand und die Lebenschancen der Menschen in unserem Land auch davon abhängen, dass es in unserer Region einen leistungsfähigen, modernen Flughafen gibt. Das müssen wir erreichen, und das werden wir erreichen. Das wird den beschädigten Ruf und das ramponierte Image von Berlin, Brandenburg und Deutschland insgesamt wieder verbessern.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Überall auf der Welt sind es heute vor allem die Einzugsbereiche großer Flughäfen, in denen Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Bevölkerungswachstum entstehen. Flughäfen sind und bleiben die entscheidenden Motoren wirtschaftlicher Entwicklung. Rund um große Flughäfen siedeln sich überall auf der Welt Gewerbeparks, Logistikzentren und Unternehmen der Informationstechnologie an, ebenso Unternehmen der Luftfahrtbranche - hier bei uns bislang vor allem Rolls-Royce und MTU -, große, stabile Arbeitgeber. Hinzu kommen Hotels, Restaurants, Einzelhandel, Dienstleistungen, Tagungs- und Messezentren. Das alles schafft Tausende, schafft Abertausende und vielfach hochwertige Arbeitsplätze, gute Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes, die Brandenburger Familien ein auskömmliches Leben ermöglicht. Dies alles schafft wirtschaftlichen Aufschwung und Steuereinnahmen.

Die über alle Prognosen hinaus stark steigenden Fluggastzahlen sind für diese Entwicklung ein guter Indikator. Bereits heute haben wir über 25 Millionen Passagiere im Jahr; vorhergesagt waren für diese Zeit ca. 17 bis 18 Millionen. Wenn der BER startet, wird er gut ausgelastet sein, und ich sage deutlich: Das ist wahrlich keine negative Entwicklung. Ganz im Gegenteil, diese Entwicklung zeigt die Attraktivität der gesamten Hauptstadtregion und illustriert nochmals die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens.

Gleichzeitig zeigt sich, dass es sinnvoll war, bereits von vornherein Möglichkeiten zur Kapazitätserweiterung einzuplanen. Dafür brauchen wir keine dritte Start- und Landebahn, aber wir wissen sehr wohl, dass die Abfertigungskapazitäten stufenweise erweitert werden müssen.

Unser neuer Flughafen steht in einem wirtschaftlichen und strategischen Kontext. Wir brauchen ihn, um ein Industrie- und Wohlstandsland zu bleiben. Darum müssen wir alle Kräfte daransetzen, den Flughafen zu einem Erfolg zu bringen. Es stimmt: Am Ende wird es mehr Geld gekostet haben, als wir bisher geplant hatten. Das ist überhaupt nicht erfreulich, und natürlich müssen wir den zusätzlichen Aufwand so gering halten wie nur irgend möglich.

Aber was wäre die Alternative? Die einzige Alternative hieße doch, ganz auf den Flughafen zu verzichten; und das erklärt sich von selbst und wäre im Übrigen eine Fehlkalkulation von historischem Ausmaß. Verlässlich zu beziffern sein werden die zusätzlichen Kosten nur auf gesicherter Datengrundlage. Das ist derzeit noch nicht möglich, denn es hängt auch von den verschiedenen Finanzierungsvarianten ab, über die wir uns zunächst im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung zu verständigen haben; erst, wenn über diese Zahlen Klarheit besteht, werden wir mögliche Auswirkungen auf den Landeshaushalt absehen können.

Meine Damen und Herren! Wir in Brandenburg haben in den vergangenen Jahren einen beispiellosen Rückgang der Arbeitslosigkeit erlebt und einen ebenso erfolgreichen Zuwachs an beruflichen Perspektiven für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Brandenburg ist insgesamt auf dem besten Weg, tatsächlich zu einem Land für alle zu werden. Dafür haben unzählige Brandenburgerinnen und Brandenburger unter schwierigen Bedingungen hart gearbeitet. Erstmals nähern wir uns einem Zustand, von dem wir mit Selbstbewusstsein sagen können: Wir haben ein Fundament gelegt.

Jetzt sind wir so weit, dass wir die großen Schwierigkeiten der kommenden Jahrzehnte im Vertrauen auf unsere eigene Kraft angehen und bewältigen können. Wir können die Energiewende hin zum regenerativen Zeitalter schaffen - sozialverträglich und mit unserer heimischen Kohle als wichtiger Brückentechnologie. Wir können die demografischen Umbrüche bewältigen. Wir können die Gegensätze abfedern, die in unserem Land zwischen der berlinnahen und der berlinfernen Region bestehen. Wir können unsere öffentlichen Finanzen auf nachhaltige Weise organisieren - wir haben 2012 das zweite Jahr hintereinander keine neuen Schulden gemacht, sondern einen Überschuss erwirtschaften können -, ohne jährlich wiederkehrende Defizite, mit sinkenden Altschulden. Das alles können wir schaffen, und das müssen wir auch schaffen.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Aber das alles erfordert Voraussetzungen, vor allem ökonomische. Nur als wirtschaftlich dynamisches Land, nur als erfolgreiches Land werden wir in der Lage sein, mit den Herausforderungen der Zeit fertigzuwerden. Die Regierungskoalition aus SPD und Linken hat dazu einen klaren politischen Auftrag, und wir haben in dieser Legislaturperiode bereits gezeigt, wie viel wir gemeinsam nach vorne bewegen können. Gemeinsinn und Erneuerung - das ist nicht nur das Leitmotiv unseres Koalitionsvertrages. Das ist es auch, was wir brauchen, um dem Flughafenbau zu einem guten Abschluss zu verhelfen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Ich bin zutiefst überzeugt: Ohne diesen modernen Flughafen im Herzen Europas werden es die deutsche Hauptstadtregion, vor allem aber das Land Brandenburg schwer haben, als attraktive und wettbewerbsfähige Region auf der europäischen Landkarte ihren Platz zu finden und zu behaupten. Übrigens wissen das auch die Wählerinnen und Wähler der CDU, der Grünen und der FDP sehr gut. Sie wollen den Flughafen nämlich nutzen, und sie können auch seine Bedeutung sehr gut einschätzen.

(Vogel [GRÜNE/B90]: Wir auch!)

Sie sind da sehr viel klarer orientiert als manche Bundes- und Landespolitiker der genannten Parteien, die sich derzeit in billiger Polemik ergehen. Das hilft uns nicht weiter.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Aus der Sicht des Aufsichtsrates der Flughafengesellschaft ist nach wie vor klar: Der Flughafen kann nur voll funktionsfähig ans Netz gehen, erst recht, wenn es um Fragen der Sicherheit geht, von denen Menschenleben abhängen. Ich will an dieser Stelle ohne Umschweife sagen: Das Landratsamt Dahme-Spreewald handelt in diesen Fragen konsequent und richtig. Kein Mitarbeiter, keine Mitarbeiterin muss sich hier verbiegen. Landrat Stephan Loge und seine Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit, das will ich hier ganz klar betonen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Der klare Arbeitsauftrag an Technikchef Horst Amann im August 2012 lautete, vorhandene Missstände schonungslos aufzuklären. Es ist also ausdrücklich sein Job, den Finger in die Wunden zu legen, und genau das hat er getan. Dadurch haben sich

nicht nur Probleme beim Brandschutz bestätigt, sondern es sind weitere Mängel zutage getreten. Diese Mängel sind nicht in den letzten Monaten entstanden, sondern deutlich früher.

Der Auftrag, die gesamte Substanz des Flughafens auf Herz und Nieren zu prüfen, hat Missstände zutage treten lassen, die sonst vielleicht unentdeckt geblieben wären. Mögliche Schadensersatzansprüche werden umgehend geprüft und müssen gegebenenfalls durchgesetzt werden. Auch das gehört dazu. Sollten am Bau Beteiligte ihre Arbeit nicht, nicht vollständig oder fehlerhaft gemacht haben, so müssen sie dafür auch geradestehen.

(Zuruf CDU: Sie auch!)

Auch wenn jeder gefundene Mangel wehtut - diese rigorose Aufklärung ist absolut notwendig, damit wir einen funktionsfähigen und durchweg soliden Flughafen in Betrieb nehmen können.

Eines bleibt festzuhalten: Primärer Grund für die abermalige Verschiebung der Eröffnung ist und bleibt der Brandschutz. Die Entrauchungsanlage - so, wie sie konzipiert ist - ist nicht funktionstüchtig und damit derzeit auch nicht genehmigungsfähig. Allerdings schien aufgrund externer Prüfergebnisse zunächst eine realistische Chance zu bestehen, durch Modifikation an der Anlage hohe Umbaukosten zu vermeiden. Der Aufsichtsrat hat nach Abwägung aller seinerzeit zur Verfügung stehenden Informationen diese Option mitgetragen.

Im Nachhinein müssen wir klipp und klar sagen: Unsere Einschätzungen nach damaligem bestem Wissen haben sich nicht bewahrheitet. Somit waren unsere Ambitionen hinsichtlich des angepeilten neuen Eröffnungstermins am 27. Oktober dieses Jahres zu hoch.

In den letzten Wochen und Monaten wurde viel über die Funktion und über die Aufgaben eines Aufsichtsrates sowie über die Eigenschaften, die seine Mitglieder mitbringen sollten, gesprochen. Dass dies unterschiedlich gehandhabt wird, konnte man gestern Abend in einer Fernsehsendung über ein gelobtes Projekt in London hören. Dort wurde gesagt, der Aufsichtsrat sei nur einmal im Jahr über das informiert worden, was getan wurde. Demnach gibt es sehr große Unterschiede in der Herangehensweise.

(Frau Schier [CDU]: Da hat es auch funktioniert! - Genilke [CDU]: König von England!)

Diese Diskussion ist jedoch legitim; denn kritische Fragen zu stellen gehört zu den Aufgaben der Medien und auch der Opposition.

(Senftleben [CDU]: Danke!)

Meine Damen und Herren, Sie dürfen mir glauben, auch ich selbst habe mir diese Fragen klar und deutlich gestellt und bin zu dem Entschluss gekommen, nicht weniger, sondern mehr Verantwortung wahrzunehmen. Sie wissen, das Projekt des Flughafens Berlin Brandenburg - dies geht sicherlich nicht nur mir so - liegt mir persönlich am Herzen. Deshalb schmerzt mich diese aktuelle Situation außerordentlich.

Ich sage deutlich und klar: Ein Ministerpräsident hat seinem Land und den Bürgern gerade dann zu dienen, wenn die Zeiten

schwierig werden. Alles andere wäre mit meinem Amtsverständnis nicht vereinbar, und deshalb werde ich das auch tun.

(Beifall SPD, DIE LINKE und von Minister Dr. Markov)

Ich sage genauso deutlich: Es gibt zweifellos etliches wieder-gutzumachen. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates will ich genau das mit vollem Einsatz tun. Dabei ist mir ein übergeordnetes Anliegen besonders wichtig: Ich werde die Geschäftsführung, die dann in Teilen neu sein wird, energisch dabei unterstützen, dass unter den Beschäftigten des Unternehmens wieder ein Klima des Vertrauens wächst. Das gibt es derzeit eindeutig nicht. Daran hat es in der Vergangenheit gemangelt, was auch Grund für manche ungute Entwicklung war.

Das, was wir gemeinsam hinbekommen wollen, wird uns nur in einem Betriebsklima gelingen, in dem Kooperation, gegenseitiger Respekt, fairer Umgang miteinander selbstverständlich sind und ein Geist des gemeinsamen Anpackens herrscht. Ich will so schnell wie möglich erreichen, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Flughäfen wieder mit Stolz auf ihr Unternehmen blicken und mit Freude zur Arbeit kommen. Wir ziehen alle am selben Strang, und zwar in dieselbe Richtung - das muss ab sofort das Motto beim Bau des Flughafens BER werden, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, DIE LINKE und von Minister Dr. Markov)

Dieser Geist des gemeinsamen Zupackens muss alle Beteiligten erfassen - die vielen am Bau unseres neuen Flughafens beteiligten Unternehmen sowie die drei Anteilseigner.

In diesem Zusammenhang möchte ich in Erinnerung rufen, dass der Bund bzw. die Bundesregierung ebenso in der Verantwortung standen und stehen werden wie die Länder Berlin und Brandenburg. Das ist manchmal aus dem Blick geraten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie von der Regierungsbank)

Deutsche Ingenieurskunst ist zu Recht in der ganzen Welt berühmt und hochgeachtet. In diesem Sinne stehen auch die Unternehmen in der Pflicht. Ob Handwerksbetrieb oder Weltkonzern - nur, wenn jetzt alle zusammenrücken, werden wir diesen Karren wieder flottbekommen. Die kontinuierliche Arbeit an diesem neuen Teamgeist ist, glaube ich, das Wichtigste überhaupt.

Es wird zunächst fünf ganz konkrete Veränderungen geben, die ich bewirken will, sofern sich der Aufsichtsrat am Mittwoch dazu entschließt, dass ich den Vorsitz übernehmen soll.

Die erste Veränderung betrifft den Aufsichtsrat selbst. Der Flughafen, meine Damen und Herren, ist ein Projekt der öffentlichen Hand. Deshalb leuchtet die Idee nicht ein, die Erlösung aus der Misere hänge davon ab, dass ein unabhängiger Wirtschaftsexperte an der Spitze des Aufsichtsrates steht. Der Aufsichtsrat muss abhängig sein, nämlich von den Interessen der Bundesländer Berlin und Brandenburg sowie der Bundesrepublik Deutschland. Das will ich hier klar und deutlich sagen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Insofern bedarf es einer politisch legitimierten Aufsicht. Ich sehe mich in der Pflicht, diese Aufsicht mit aller notwendigen Umsicht

auszuüben. Zugleich bin ich mir der Unterstützung der beiden Aufsichtsratsmitglieder aus Brandenburg, Helmuth Markov und Ralf Christoffers, absolut gewiss.

Klar ist aber auch, dass der Aufsichtsrat möglichst um weiteren technischen und betriebswirtschaftlichen Sachverstand, also um solche Fachleute verstärkt werden muss, die bereits an solchen oder ähnlichen Projekten mitgewirkt haben. Ich sage „möglichst“, weil wir schon bei den Gesprächen gemerkt haben, dass man nicht gerade ansteht, um ein solches Mandat zu bekommen. Nach Übernahme des Amtes werde ich als Vorsitzender gemeinsam mit Berlin und dem Bund zügig einen Vorschlag unterbreiten, wie wir den Aufsichtsrat um diesen Sachverstand ergänzen können.

Der zweite Punkt, den ich als Vorsitzender ändern werde, betrifft die Struktur der Geschäftsführung. Die Verantwortlichkeiten - das haben die vergangenen Monate und Jahre gezeigt - sind nicht klar genug geregelt.

(Burkardt [CDU]: Ach!)

In Zukunft sollen drei Geschäftsführer in einer klaren Hierarchie die Fluggesellschaft leiten.

(Burkardt [CDU]: Aha!)

Anders als bisher wird einer von ihnen als Vorsitzende oder Vorsitzender der Geschäftsführung die Gesamtverantwortung tragen.

(Burkardt [CDU]: Das geht nicht!)

Dabei gehe ich davon aus, dass wir in der Sitzung des Aufsichtsrates am kommenden Mittwoch einen Antrag auf Abberufung von Herrn Schwarz als Geschäftsführer diskutieren werden.

Als dritte wesentliche Änderung will ich eine transparentere Informationspolitik durchsetzen. Dazu gehört es, sowohl Sie als Abgeordnete als auch die Öffentlichkeit regelmäßig und zeitnah über alle Vorgänge zum Flughafenbau zu informieren. Insofern begrüße ich ganz ausdrücklich die Initiative der drei Fraktionen für einen BER-Sonderausschuss.

Zudem werden wir regelmäßig Gespräche mit den Bürgermeistern der betroffenen Kommunen führen und sie in die relevanten Themen einbeziehen,

(Senfleben [CDU]: Was haben Sie denn bisher gemacht?)

wobei ich glaube, in dieser Hinsicht war bislang wahrlich nicht alles schlecht.

(Senfleben [CDU]: Seit zehn Jahren!)

Als Vorsitzender des Aufsichtsrates will ich ferner ein neues Berichtswesen installieren,

(Senfleben [CDU]: Zehn Jahre!)

um einen kontinuierlichen Informationsfluss zu gewährleisten. Aber auch außerhalb der Sitzung des Aufsichtsrates will ich fortlaufend und im Detail über alle relevanten Themen rund um die Inbetriebnahme diskutieren und informieren bzw. infor-

miert werden. Deshalb werde ich einen regelmäßigen wöchentlichen Besprechungstermin - voraussichtlich jeden Dienstag nach der Kabinettsitzung - einführen, bei dem ich mit der Geschäftsführung und den Mitgliedern der Landesregierung, die sich mit dem Thema BER befassen, alle bedeutsamen Themen erörtern will.

(Senfleben [CDU]: Das ist toll, ganz toll!)

Zu einer veränderten Informationspolitik gehört es für mich aber auch, jetzt nicht unmittelbar einen neuen Termin für die Eröffnung zu nennen. Vielmehr müssen wir zunächst auf Grundlage aller Fakten einen wirklichen Gesamtüberblick gewonnen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, DIE LINKE und von der Regierungsbank)

Viertens werde ich als Vorsitzender des Aufsichtsrates der FBB nicht nur die Themen rund um den Flughafenbau bearbeiten, sondern mich mit Nachdruck auch darum kümmern - das wird die nächsten Monate und Jahre ein sehr wichtiges Thema sein -, dass der Betrieb in Tegel und Schönefeld stabil und kundenfreundlich gestaltet werden kann.

In Tegel müssen notwendige Investitionen getätigt werden, um diesen Standort arbeitsfähig halten zu können. Solange wir auf Tegel angewiesen sind, um die Passagierströme der Hauptstadtregion zu bewältigen, soll und muss das ordentlich und in einem entsprechenden Ambiente und in entsprechender Qualität erfolgen. Das gebietet allein schon der Respekt vor den dortigen Mitarbeitern, die - wie ich bereits erwähnte - unter schwierigen Bedingungen sehr gute Arbeit leisten. Auch am Altstandort Schönefeld sind noch Investitionen erforderlich, wenn auch in geringerem Umfang. Diese wichtigen Aufgaben bleiben auf der Agenda.

Fünftens muss als eines der ganz wichtigen Themen der Lärmschutz und die Akzeptanz in der Region künftig im Aufsichtsrat im Zentrum der Aufmerksamkeit und der Debatten stehen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es geht um den Interessenausgleich zwischen den betroffenen Anwohnern, den 25 Millionen Passagieren im Jahr, den betriebswirtschaftlichen Zielen des Flughafens und dem Allgemeinwohl, das dahinter nicht zurückstehen darf. Meine Damen und Herren, das Schallschutzprogramm

(Senfleben [CDU]: Welches?)

wird und muss konsequent und in hoher Qualität umgesetzt werden. Auch das Volksbegehren haben wir nicht nur mit Respekt zur Kenntnis genommen, sondern wir werden uns mit dem Anliegen intensiv auseinandersetzen und Antworten suchen.

(Beifall SPD, DIE LINKE und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, als Sechstes wird es eine Änderung in der inneren Organisation der Landesregierung geben, worüber wir gestern Abend gesprochen haben. Staatssekretär Bretschneider, der dem Hause bekannt ist, wird in die Staatskanzlei wechseln und dort eine Arbeitseinheit führen, bis der Flughafen in Ordnung gekommen ist. Diese Arbeitseinheit wird sich anschließend mit Flughafen, Flugwesen und Flughafenbau beschäf-

tigen. Auch durch diese Entscheidung wollen wir dazu beitragen, dass dieses wichtige und große Projekt auf ein gutes Gleis kommt.

(Beifall SPD, DIE LINKE und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren, Verantwortung für den Bau unseres neuen Flughafens Berlin Brandenburg habe ich bereits wahrgenommen. Dennoch bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass ich noch mehr Verantwortung wahrnehmen muss. Auf diese Weise will ich mit all meiner Kraft dazu beitragen, dass der Bau unseres neuen Flughafens doch noch glücklich zu Ende gebracht werden kann.

Mir ist dabei vollauf bewusst: Ich verbinde mein politisches Schicksal mit dem Gelingen dieser Aufgabe. Das ist der Weg, den ich jetzt eingeschlagen habe. Dazu brauche ich den Rückhalt des Landtages und der gewählten Abgeordneten. Dafür bitte ich als Ministerpräsident des Landes Brandenburg um Ihr Vertrauen. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall SPD, DIE LINKE und von der Regierungsbank)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Nun begrüße ich unsere zweite Besuchergruppe - Schülerinnen und Schüler der Diersterweg-Oberschule in Hennigsdorf. Herzlich willkommen im Landtag Brandenburg zu diesem spannenden Tag!

(Allgemeiner Beifall)

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Das Wort erhält der Abgeordnete Dombrowski.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer in Brandenburg das Stichwort „BER“ hört, dem fehlen die Worte, der ist fassungslos, ohnmächtig und wütend. Selbst Manfred Stolpe, der dieses Projekt auf den Weg gebracht hat, sprach kürzlich von Trauer und Ärger. Sie, Herr Ministerpräsident, sprachen von Erschütterungen, die vom Flughafendesaster ausgehen. Die entscheidende Erschütterung haben Sie dabei jedoch verschwiegen. Die Bürger stellen die Kompetenz der Politik im Allgemeinen infrage. Wer will ihnen das übel nehmen? - Dieser Flughafen ist zu einer Last für die Region geworden. Sie, Herr Ministerpräsident, vergrößern diese Last.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Erst vor kurzem waren Sie Mitverursacher der Verschleuderung von vielen Millionen, die wir hier im Landtag nachträglich absegnen sollten, was Ihnen mit der Koalition auch gelungen ist. Dafür hätten Hochschulen finanziert und Lehrer sowie Polizisten eingestellt werden können.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Der Regierungschef Berlins hat nach der an Peinlichkeit kaum zu überbietenden erneuten Eröffnungsverschiebung als Aufsichtsratsvorsitzender das Handtuch geworfen. Diesen Schritt habe ich Ihnen in der Dezembersitzung des Landtages mit den

Worten „Herr Wowereit wird demnächst freigestellt“ vorhergesagt. Sie haben dies einfach als lächerlich abgetan. Heute sage ich Ihnen voraus, dass sich die Staatsanwaltschaft in den nächsten Monaten mit einzelnen Vorgängen rund um den Flughafen intensiv beschäftigen wird.

Herr Ministerpräsident Platzeck will nun selbst Aufsichtsratsvorsitzender werden und alles zum Besseren wenden. Dabei tut er so, als wäre er bisher nur am Rande mit diesem Theater befasst gewesen. Nein, der Brandenburger Ministerpräsident war kein Zuschauer oder hat die Scheinwerfer eingeschaltet, sondern stand auf der Bühne, und zwar in einer der Hauptrollen.

(Beifall CDU, GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Haben Sie nicht in Ihrem Amtseid geschworen, Schaden vom Land abzuwenden? - Diesen Eid haben Sie nach meiner Auffassung gebrochen.

(Holzschuher [SPD]: Das ist doch ungeheuerlich! - Beifall CDU)

Mit seinen Terminverschiebungen, Mängeln und Skandalen hat sich der Airport vom Hoffnungsträger zum Problemfall entwickelt. In Deutschland, in unseren Nachbarländern, in Europa und sogar weltweit schüttelt man den Kopf und amüsiert sich über Berlin und Brandenburg sowie über Deutschland insgesamt. Irre ich mich oder haben Sie, Herr Ministerpräsident, nicht auf dem SPD-Parteitag im September des letzten Jahres gesagt, eine nochmalige Verschiebung könnten wir uns auch wegen des Images des Landes nicht leisten?

Jedoch ist die Negativkampagne, die Sie uns beschert haben, das geringste Problem. Die veranschlagten Baukosten von ursprünglich 2,4 Milliarden Euro haben sich bereits verdoppelt und niemand weiß, wie hoch die Rechnung nach Fertigstellung des Flughafens ausfällt. Leidtragende sind die Brandenburger, die nun sehen, wie in ihrer Stadt bzw. ihrer Gemeinde noch mehr für die Bewältigung dieser Katastrophe eingespart werden muss.

Für etwa 5 Milliarden Euro - so genau weiß das niemand - steht ein unfertiger Flughafen in Schönefeld, der sich laut Technikchef Horst Amman in einem grauenhaften Zustand befindet. Es gibt Planungsfehler, Verstöße gegen die Bauauflagen und Baumängel. Wann und mit welchen Umbaumaßnahmen eröffnet werden kann, ist weiterhin völlig unklar. Sollte der Flughafen irgendwann in Betrieb gehen, wird er gleich an seiner Kapazitätsgrenze arbeiten müssen. Auch das ist mittlerweile klar.

Herr Ministerpräsident, was haben Sie eigentlich im Aufsichtsrat getan?

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Sind Sie nicht stutzig geworden? Gab es keinen Moment, in dem Sie ein mulmiges Gefühl hatten? Wenn ja: Welche Fragen haben Sie dann gestellt? Wie haben Sie das alles durchgehen lassen können? - Herr Ministerpräsident, Sie sind seit 2002 Ministerpräsident in Brandenburg. Brandenburger Behörden kontrollieren, ob der Bau nach genehmigten Plänen und in der vorgeschriebenen Qualität errichtet wird und die technischen Anlagen ordnungsgemäß funktionieren. Herr Ministerpräsi-

dent, Sie gehören seit 2003 zum Aufsichtsrat des Flughafens, und zwar nicht als einfaches Mitglied, sondern als Stellvertreter der Vorsitzender. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen zu diesem Jubiläum wirklich gratulieren soll.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Wie haben Sie Ihre Verantwortung genutzt? Was haben Sie daraus gemacht? - Sie sind und waren mit allen wichtigen Fragen rund um das größte Infrastrukturprojekt Ostdeutschlands befasst und haben organisatorische, finanzielle und personelle Entscheidungen wesentlich mitbestimmt. Sie, Herr Ministerpräsident des Landes Brandenburg, tragen die ganz entscheidende Verantwortung für den Misserfolg. Das alles scheint Ihnen nicht bewusst zu sein. Was wird anders, wenn Sie künftig nicht mehr als Stellvertreter, sondern als Vorsitzender des Aufsichtsrates auftreten?

(Zuruf von der SPD: Das hat er eben gerade gesagt!)

- Dazu kommen wir noch.

Was soll sich dadurch ändern, dass Sie mit Herrn Wowereit die Plätze tauschen? - Das Einzige, was man von Ihnen in diesen Tagen gehört hat, ist: Sie wollen in Zukunft Wahrheit, Klarheit und Transparenz zum Durchbruch verhelfen. Im Umkehrschluss heißt das: Sie haben jahrelang zugesehen, wie getrickst und getäuscht wurde.

(Beifall CDU, GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident, Herr Aufsichtsrat, Herr Gesellschafter, wer hat Sie in den vergangenen Jahren daran gehindert, Wahrheit, Klarheit und Transparenz zu praktizieren?

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Wie war das mit der Wahrheit und der Transparenz, als Sie Ende des vergangenen Jahres frisches Geld brauchten und die Europäische Union das genehmigen musste? - Sie haben der Europäischen Union einen konkreten Eröffnungstermin zugesagt und eine Gewinnerwartung vorgegaukelt. Mitte Dezember hat die Europäische Union daraufhin 1,2 Milliarden Euro genehmigt. Nur wenige Wochen später stellt sich jedoch heraus: Einen Eröffnungstermin gibt es nicht und das mit dem Gewinn wird auch erst einmal nichts.

Nun kommen weitere erhebliche Kosten auf den Landeshaushalt und damit auf den Steuerzahler zu. Ich bin gespannt, Herr Ministerpräsident, Herr Aufsichtsrat, Herr Gesellschafter, wie Sie nach dieser Trickserei den nächsten Zuschuss bei der Europäischen Union begründen wollen und welche Folgen das für uns haben wird.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, von Journalisten wurde ich kürzlich gefragt, ob ich erwarte, dass Herr Platzeck an seine Rolle als Deichgraf während der Oder-Flut anknüpfen und sich als Retter präsentieren möchte. Ja, Herr Ministerpräsident, diese Rolle würde Ihnen selbst sicherlich gut gefallen,

(Frau Lehmann [SPD]: Ganz primitiv!)

aber es gibt einen entscheidenden Unterschied zum Sommer 1997: Die Oder-Flut war eine Naturkatastrophe. Sie kam und ging von allein. Anwohner, viele freiwillige Helfer, die Bundeswehr, das Technische Hilfswerk, die Feuerwehren und viele andere haben es gemeinsam und erfolgreich geschafft, größere Schäden zu vermeiden.

Aber, Herr Ministerpräsident, der Pannenflughafen ist keine Naturkatastrophe, sondern eine selbstgemachte Katastrophe, und es ist eine, die von Ihnen mitverschuldet ist.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Sie sind nicht Retter, sondern Mitverursacher. Sie können nicht den Deichgrafen geben, Sie sind hier zukünftig der Master of Disaster.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Es stimmt, dass in der langen Geschichte des Flughafens Berlin-Brandenburg unterschiedliche Verantwortungen festzustellen waren. Jede der heute im Landtag vertretenen Parteien war irgendwann einmal an bestimmten Entscheidungen beteiligt, sei es an der Standortauswahl, an der Finanzierung oder an einzelnen Realisierungsschritten. Aus dieser Verantwortung klammere ich auch die CDU - ich sage das für die nachfolgenden Redner - ausdrücklich nicht aus. Wir stehen zu allen Entscheidungen, die in den zehn Jahren unserer Regierungsverantwortung von 1999 bis 2009 getroffen wurden.

(Bischoff [SPD]: Dann müssen Sie die Rede noch einmal neu halten! - Weitere Zurufe von der SPD)

Allerdings: Die Standortentscheidung für Schönefeld wurde 1996 von der SPD-Alleinregierung getroffen. Das ist doch richtig, oder?

(Zurufe von der SPD)

Der Bau des Hauptterminals, meine Damen und Herren, begann Mitte 2008. Bauschäden und Probleme mit der Brandschutzanlage konnten zu dieser Zeit gar nicht erkannt werden. Ich sage es mit einem Bild: An einem Pfeiler, der noch nicht gegossen ist, kann man keine Risse erkennen.

Auch wenn vor allem die Linke gebetsmühlenartig vorträgt, dass die CDU von 1999 bis 2009 Regierungsverantwortung getragen hat,

(Görke [DIE LINKE]: Jetzt noch!)

ändert dies nichts an der klaren Verantwortung des Ministerpräsidenten für den aktuellen Misserfolg.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen noch etwas an einem Beispiel veranschaulichen. Trotz aller Probleme, die es vielleicht unter einer CDU in Regierungsverantwortung gegeben hätte, hätten wir nicht den Versuch toleriert, die Anwohner um den versprochenen und rechtlich verbrieften Lärmschutz zu bringen.

(Beifall CDU - Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie stellen in diesem Parlament heute die Vertrauensfrage, nicht weil Sie in einer Regierungskrise sind und sich Teile der SPD-Fraktion oder der Linken von Ihnen distanzieren. Nach meiner Kenntnis gibt es keinen Grund, aus dem Sie grundsätzlich überprüfen müssten, ob Sie noch eine Mehrheit in diesem Landtag unterstützt. Sie stellen die Vertrauensfrage, um sich als Aufsichtsratsvorsitzender einen Blankoscheck ausstellen zu lassen. Ja, es ist ein Blankoscheck, denn Sie haben nicht gesagt, was unter Klaus Wowerit falsch gemacht wurde und was Sie anders machen wollen, außer den fünf Punkten - zu denen ich noch komme -, die Sie vielleicht noch untersetzen werden.

(Frau Melior [SPD]: Zuhören!)

Die Punkte, die Sie heute vorgetragen haben, sind weder konkret noch ausreichend. Das haben Sie auch in der gestrigen Fernsehsendung feststellen können: dass die entscheidenden Fragen von Ihnen nicht beantwortet werden konnten.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Meine Damen und Herren, „Wahrheit, Klarheit und Transparenz“, diese Worthülsen müssen reichen, damit Ihnen die Abgeordneten von SPD und Linke einen Freibrief ausstellen - das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich - und sich für dieses Desaster damit zukünftig auch mitverantwortlich machen lassen. Die Vertrauensfrage ist eben kein Gesetzentwurf, kein Antrag und keine Kenntnisnahme. Fraktionszwang, Parteidisziplin, Koalitionsverträge oder persönliches Kalkül haben hier nichts zu suchen. Es ist eine Gewissensentscheidung, über die jeder einzelne Abgeordnete für sich allein befinden muss.

(Bischoff [SPD]: Das wird er auch tun!)

Aus diesem Grund wollen wir nicht nur die normale offene, sondern die namentliche Abstimmung. Jeder soll später im Protokoll nachlesen können, wer das bisherige Handeln des Ministerpräsidenten befürwortet und ihm einen Freibrief für sein weiteres Handeln ausstellt.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Otto von Bismarck hat einmal gesagt: „Das Vertrauen ist eine zarte Pflanze. Ist es erst einmal zerstört, so kommt es so bald nicht wieder.“

(Bischoff [SPD]: Das sagt die CDU hier! - Weitere Zurufe von der SPD)

Der Ministerpräsident tut so, als gehe es nur um das, was er vorhat, und nicht um das, was geschehen ist. Aber Vertrauen, meine Damen und Herren, ist doch nicht voraussetzungslos! Vertrauen wächst und entsteht, wenn Erwartungen bestätigt, Versprechen gehalten und Hoffnungen erfüllt werden. In den letzten acht Monaten wurde der Eröffnungstermin viermal verschoben. Das bedeutet, dass im Schnitt jedes Eröffnungsversprechen gerade einmal zwei Monate gehalten hat. Alle diese Termine haben Sie mit angesetzt, verkündet und auch wieder abgesagt. Soll das die Grundlage für Vertrauen sein?

(Beifall CDU)

Fragen Sie doch die Brandenburger, wie es mit deren Vertrauen in Sie bestellt ist. Fragen Sie die Taxifahrer, die Hotelangestell-

ten, die Ladenmieter oder die Fluglinienmitarbeiter, wie groß das Vertrauen in Ihre Kompetenz ist, Herr Ministerpräsident. Sie haben Ihr Schicksal an die Entwicklung des Flughafens geknüpft. Hätten Sie einfach Ihre Arbeit gemacht, für die Sie gewählt wurden und im Übrigen auch bezahlt werden, dann müssten Sie jetzt nicht solche dramatisch klingenden Aussagen machen und auf die Mitleidstour setzen.

(Beifall CDU)

Woran, Herr Ministerpräsident, knüpfen Sie Ihr Schicksal eigentlich konkret? Treten Sie zurück, wenn der nächste Eröffnungstermin nicht gehalten wird, der Haushalt 2014 nicht schuldenfrei sein sollte oder Teile des Flughafens abgerissen werden müssen, Kapazitätserweiterungen sofort notwendig sein sollten, der Betrieb in Tegel und Schönefeld wegen Überlastung nicht mehr vernünftig funktioniert, der Lärmschutz weiterhin am geltenden Recht vorbeigeht oder der Volksentscheid erfolgreich ist? Sie sagen Lärmschutz. Welchen Lärmschutz meinen Sie eigentlich? Das ist doch vor Gericht noch anhängig, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Woran, Herr Ministerpräsident, hängt Ihr Schicksal? Sagen Sie es uns! Ohne eine verbindliche Antwort auf diese Fragen ist Ihr Schicksalsversprechen überhaupt nichts wert.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Im Gegensatz zu Ihrem ganz persönlichen politischen Schicksal ist vielmehr das Schicksal der betroffenen Bürger entscheidend, das Schicksal von Menschen, die für eine unternehmerische oder berufliche Zukunft am neuen Flughafen in Vorleistung gegangen sind, das Schicksal derjenigen, die jetzt um ihre Existenz fürchten müssen oder längst pleitegegangen sind, weil sie ihre Hoffnung in den Flughafen gesetzt haben. Auch dafür gab es gestern im Fernsehen zur Genüge Beispiele. Weitere ließen sich anführen.

(Zurufe von der SPD)

Fragen Sie die Bürger, deren Schicksal wirklich vom Flughafen abhängt, wie es um das Vertrauen in Sie bestellt ist, oder fragen Sie die vielen Anwohner, die sich um ihren Lärmschutz betrogen fühlen - und das, wie wir als CDU-Fraktion meinen, zu Recht.

Sie werden heute für Ihre Vertrauensfrage schon die notwendigen Stimmen Ihrer Koalition bekommen. Was bleibt ihr auch anderes übrig?! Aber haben Sie die Umfrageergebnisse in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ gesehen? Dort meinen fast 90 %, dass Sie der Falsche für den Vorsitz des Aufsichtsrates sind. Diese Einschätzung teilen wir. Die einzig vernünftige Wahl wäre ein unabhängiger Experte mit entsprechenden Kenntnissen und Erfahrungen bei der Realisierung eines solchen Projekts.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Herr Ministerpräsident, Sie hatten als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates, als Ministerpräsident zehn Jahre Zeit, und Sie haben zehn Jahre lang gepatzt. Ich frage Sie von der SPD und den Linken: Von wem wurden Sie über die Eröff-

nungsverschiebung und die Probleme am Flughafen jemals informiert?

(Zuruf: Bild!)

- Aus der Presse, ja.

Über keinerlei Informationswege wurden Sie über die wahren Verhältnisse am Flughafen in Kenntnis gesetzt. Wir jedenfalls haben das immer nur über die Presse erfahren. Denn Sie, Herr Ministerpräsident, haben dieses Parlament nie selbstständig oder unaufgefordert informiert. Immer gab es Geheimniskrämerei statt Transparenz.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90 - Holzschuher [SPD]: Seit Monaten machen wir Sondersitzungen!)

- Ja, Herr Holzschuher, mit Ihnen an der Seite muss sich der Ministerpräsident keine Sorgen machen; denn Sie haben letzters erklärt: „Geld haben wir genug, das können wir uns leisten.“

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Im Hauptausschuss soll der Ministerpräsident die Abgeordneten eigentlich über den Stand und die Entwicklungsperspektiven des Flughafens informieren. So war es vereinbart, so hat er es versprochen. Wie kann es dann sein, dass man beim Plaudern auf Empfangen und Abendveranstaltungen Dinge erfährt, die Sie uns zwingend im Ausschuss hätten sagen müssen?

Letzte Woche konnte man beispielsweise auf dem Neujahrsempfang des Bauindustrieverbands hier in Potsdam von Herrn Wowereit hören, dass in der Dezembersitzung des Aufsichtsrates eigentlich über notwendige Erweiterungen des Flughafens gesprochen werden sollte. Diese wichtige Information haben Sie uns im Hauptausschuss sogar auf Nachfrage verschwiegen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU)

Wer es nicht glaubt: Minister Vogelsänger war dabei und kann es bestätigen.

Die CDU-Fraktion vertraut Ihnen schon lange nicht mehr, Herr Ministerpräsident. Das wird Sie nicht überraschen und das wird sich an der Abstimmung zeigen.

Meine Damen und Herren, ein Ministerpräsident verdient nach meiner Auffassung immer einen respektvollen Umgang, aber keinen Majestätsgehorsam. Im Dezember habe ich die unzutreffende Verwendung des Begriffs „Patriotismus“ im Zusammenhang mit dem Flughafenbau kritisiert. Ein Patriotismusappell an den Landtag - das klang heute so ähnlich wieder durch, wenn auch anders umschrieben - kann nämlich kein Schutzschild für einen Regierungschef sein, hinter dem er in Deckung geht und der ihn vor Verantwortung und persönlichen Konsequenzen bewahrt.

(Beifall CDU)

Ich will daran erinnern, wie ein anderer Staatsmann in Deutschland mit politischer Verantwortung umgegangen ist. Der Namensgeber des Flughafens BER, Willy Brandt, trat 1974 als

Bundeskanzler zurück, weil sein Referent Günter Guillaume als DDR-Spion enttarnt wurde. Brandt war nicht zuständig für die Kontrolle der Personen, aber er übernahm mit seinem Rücktritt die politische Verantwortung für die Fahrlässigkeit innerhalb der Bundesregierung und Verwaltung. Willy Brandt hat aus politischem Anstand und der Verantwortung gegenüber seinem Amt die angemessenen Konsequenzen gezogen. Darin, Herr Ministerpräsident, unterscheiden Sie sich von Willy Brandt.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Auch das, Herr Ministerpräsident, ist Ihnen gestern in der Fernsehsendung vor Millionen Zuschauern in Erinnerung gerufen worden: wie andere honorierte Staatsmänner und Politiker mit solchen Dingen umgegangen sind.

Zehn Jahre lang haben Sie sich am Flughafen kaum öfter als für die vier Mindestsitzungen pro Jahr blicken lassen. Die Ausnahmen waren Spatenstiche, Eröffnungen von Teilabschnitten und das Durchschneiden roter Bändchen. Den Verhaltenskodex für Mitglieder der Landesregierung in Landesgesellschaften haben Sie nicht ernst genommen, ja, vielleicht kennen Sie ihn gar nicht. Ich helfe Ihnen aber gern auf die Sprünge. Darin steht, dass sich Aufsichtsräte selbst um Informationen bemühen müssen. Zudem wären Sie nach diesem Kodex, den Sie selbst aufgestellt haben, sogar verpflichtet gewesen, Fortbildungen zu besuchen, um diese Aufgabe gewissenhaft zu erfüllen und wichtige Fragen verstehen und bewerten zu können. Sie haben kaum Interesse für die technischen und organisatorischen Fragen des Projekts gezeigt, sondern sich einfach auf die Eröffnungsfeierlichkeiten gefreut.

(Beifall CDU - Zuruf von der SPD: Das ist böseartig!)

Angenehm war es sicher auch, den Flughafen in Sonntagsreden und vor Besuchern aus aller Welt als Wachstumsmotor und künftiges Aushängeschild darzustellen. Aber wozu wählen die Leute eigentlich Politiker? Damit sie Verantwortung übernehmen, Gesamtverantwortung wahrnehmen - und dies nicht nur dann, wenn es ihnen passt.

Ja, Brandenburg ist nicht allein verantwortlich für diese Katastrophe, und, ja, der Ministerpräsident ist auch nicht allein verantwortlich. Aber jeder, der in Brandenburg Regierungsverantwortung trägt, der Ministerpräsident, das Kabinett und jeder Abgeordnete der Koalition - das sind Sie, meine Damen und Herren -, hat die Aufgabe, Probleme für das Land zu erkennen. Ich werde doch auch nicht erst aktiv, wenn mich jemand anspricht. Sonst könnten die Bürger zu Recht fragen: Wozu brauchen wir Politiker, wenn keiner bereit ist, Verantwortung wahrzunehmen?

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Sie haben es im Mai 2012 fertiggebracht, die Abgeordneten und die Öffentlichkeit zur Eröffnung einer Baustelle einzuladen, die ein Flughafen sein sollte. Beim Brandschutz sollten unter dem aberwitzigen Begriff „Mensch-Maschine-Lösung“ 700 mutige und „feuerfeste“ Studenten im Notfall die Türen öffnen und schließen - wirklich innovativ!

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Ich will an dieser Stelle noch einmal klarstellen: Die ganze Nummer ist nur deshalb aufgefliegen, weil das von Ihnen und von vielen gescholtene Planungsbüro die Unterschrift unter diesen wahnwitzigen Antrag „Mensch-Maschine-Lösung“ verweigert hat.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Ansonsten hätten Sie als Aufsichtsrat und Ihr geschätzter Herr Schwarz bei diesem nicht genehmigungsfähigen Antrag hinterher einfach gesagt: Leider hat die Baugenehmigungsbehörde dies abgelehnt, jetzt wird alles ins Trudeln kommen. - Aber die Wahrheit ist eine andere, und Sie kennen sie natürlich auch.

Als dann vier Wochen vor der geplanten Eröffnung der Termin am 3. Juni 2012 abgesagt wurde, waren Sie stocksauer und haben im Alleingang von einem völlig unrealistischen Ersatztermin im August 2012 gesprochen. Diese Aussage offenbarte, wie wenig Sie sich mit dem Projekt beschäftigt hatten.

(Beifall CDU)

Sie haben auch zu verantworten, dass die langjährigen Planer von einem Tag zum anderen ihre Sachen packen mussten und deren Wissen und Erfahrung auf einen Schlag verloren waren. Auf der anderen Seite hielten Sie trotz massiver Kritik am Flughafengeschäftsführer Schwarz fest. Auch in der Dezemberversitzung des Hauptausschusses haben Sie symbolisch - das machen Sie ja gern - Ihre Verbundenheit mit Herrn Schwarz dokumentiert, indem Sie ihn - für alle sichtbar - kräftig umarmt und heftig verteidigt haben.

(Zurufe von der SPD)

Berlin und Brandenburg wurden mehrfach international blamiert. Die langfristigen Folgen sind heute noch gar nicht abzusehen. In jedem Landesteil, ob in den wirtschaftlich stärkeren Regionen um Berlin oder auf dem Land, weitab von der Hauptstadt, werden die Menschen spüren, dass noch mehr Geld für wichtige Investitionen fehlt, weil Ihre Fehler das Land zu dramatischen Mehrausgaben zwingen. Brandenburg hat bisher rund 450 Millionen Euro zusätzlich als Risikovorsorge bereitgestellt. Von diesen 450 Millionen Euro könnte man besser - ich wiederhole es - ungefähr die Hälfte der Landesstraßen sanieren, ca. 4 500 Lehrer- oder Polizeistellen in beiden Jahren finanzieren, doppelt so viel wie bisher im Jahr für unsere Kindergärten ausgeben, den Jahresetat für Hochschulen und Forschungseinrichtungen sichern. Jetzt muss man sich nur vorstellen - Herr Holzschuher, Sie werden uns erklären, wie Sie das alles finanzieren -, welche Rechnungen wir mit weiteren 500 Millionen, 700 Millionen oder vielleicht 1 Milliarde Euro aufmachen müssen. Genau diese Diskussionen werden wir hier bald führen, nicht so schnell, weil auch im Laufe des Jahres wohl noch keine Kostenklarheit da sein wird; aber es wird irgendwann kommen, das ist dann die Stunde der Wahrheit.

Herr Ministerpräsident, Sie haben versagt und großen Schaden für Brandenburg verursacht. Trotzdem halten Sie sich für einen Macher und Retter. Jeder kann Fehler machen. Wer arbeitet, dem kann auch einmal etwas danebengehen. Die Regierung macht nicht alles falsch, die Opposition nicht alles richtig. Aber worüber wir bei diesem Flughafen reden, das ist keine

einmalige Fehlentscheidung, sondern ein zehnjähriges Dauerversagen des Ministerpräsidenten.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Erst Ende letzter Woche kam die nächste Hiobsbotschaft: dass die EU-Kommission mit einem Verfahren droht. Der Grund sind mögliche Fehler bei der Flugroutenplanung. Ich frage mich mittlerweile, ob überhaupt irgendetwas bei diesem Projekt ordnungsgemäß abgelaufen ist.

Ein Ministerpräsident hat die Aufgabe, sein Land voranzubringen und verantwortungsvoll mit dem Steuergeld der Bürger umzugehen. Sie haben diese Pflicht grob verletzt und das in Sie gesetzte Vertrauen vieler Menschen enttäuscht. Ihre Vertrauensfrage sollten Sie nicht an die 55 Abgeordneten der Koalition richten. Das ist eine Showveranstaltung mit absehbarem Ausgang, und Sie wissen das natürlich.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Fragen Sie lieber die vielen Brandenburger, die auf neue Arbeit gehofft haben, ihre Arbeit verloren oder Angst vor dem Verlust ihres Jobs haben. Diese würden Ihnen etwas erzählen zum Thema Wahrheit, Klarheit und Transparenz. Aber die fragen Sie nicht. Die Erfahrung zeigt, dass eine Vertrauensfrage in Deutschland immer von Politikern gestellt wurde, deren Amtszeit mit großen Schritten dem Ende entgegenteilte.

(Ooch! bei der SPD)

Auch heute weiß man: Es braut sich was zusammen am Brauhausberg.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90 - Zurufe von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie verschanzen sich hinter einer leicht einzufordernden Vertrauenserklärung Ihrer Koalition. Das ist schade für die politische Kultur, und das ist schlecht für Brandenburg. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Sitzung mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Das Wort hat der Abgeordnete Holzschuher.

Holzschuher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Bundeslandes stellt ein Ministerpräsident die Vertrauensfrage nach der Landesverfassung. Sie wird in der Tat nur aus einem besonderen Anlass gestellt, in einer außerordentlich schwierigen Situation. Wir erleben eine Diskussion über die Vertrauensfrage; diese ist allerdings in der Verfassung klar geregelt.

Die Vertrauensfrage setzt nicht etwa voraus, dass Vertrauen zerstört ist, sondern die Väter und Mütter unserer Verfassung haben an dieses Instrument - mit dem Ziel, das Vertrauen der Mehrheit des Parlaments ausgesprochen zu bekommen - nur die Erwartung geknüpft, dass es lediglich in einer besonders prekären Lage, in der wir uns unstreitig befinden - dazu kom-

me ich noch -, zur Anwendung kommt. Dies ist ganz normal nach der Verfassung. Es ist eben nicht, wie ich neulich hörte - ich glaube, es ist Herr Vogel, der so zitiert wird -, gar ein „Verfassungsverstoß“. Eine solche Behauptung ist völlig absurd.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Nein, die Vertrauensfrage ist Bestandteil unserer Demokratie.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Gott sei Dank!)

Sie soll, wie gesagt, nur in besonderen Lagen gestellt werden; in einer solchen Situation befinden wir uns in der Tat.

Die Vertrauensfrage ist übrigens auch mit Konsequenzen verbunden.

(Oh! bei der CDU)

Sollte der Landtag das Vertrauen nicht aussprechen, dann wäre eine mögliche Konsequenz die Auflösung unseres Parlaments, und es könnte zu Neuwahlen kommen.

(Bretz [CDU]: Ist das jetzt ein Verfahrensvorschlag?)

Wenn wir uns aber in Ruhe über die Situation unterhalten und über das Thema debattieren, werden wir zu dem Ergebnis kommen, dass das, was heute auf der Tagesordnung steht, gerade keinen Anlass bietet, das Vertrauen in den Ministerpräsidenten infrage zu stellen.

(Einzelbeifall des Abgeordneten Bischoff [SPD] - Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Danke, Mike!)

Verantwortung für das Land zu übernehmen in einer so schwierigen Situation - das ist keine Selbstverständlichkeit. Deswegen ist es auch naheliegend, dass der Ministerpräsident das Vertrauen des Landtages für sich erbittet.

Verantwortung für das Land trägt übrigens auch die Opposition. Herr Dombrowski, dieser Verantwortung sind Sie weder heute noch in den vergangenen Monaten und Jahren gerecht geworden; aber dazu später.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Dombrowski [CDU]: Na, lassen Sie mal hören!)

Die Lage am Flughafen Berlin-Brandenburg ist schlecht. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Die erneute Verschiebung des Eröffnungstermins hat uns - auch wenn wir sie nie ausgeschlossen haben - schwer getroffen. Mit der Verschiebung verbunden sind zudem Nachrichten über zusätzliche, bisher nicht bekannte erhebliche Mängel am Bau. Das alles muss in der Tat als Desaster bezeichnet werden. Dazu bekennen wir uns. Wir müssen nun Lösungswege finden, wie wir mit dieser außerordentlich schwierigen Lage umgehen.

Wir müssen fragen, wie es sein kann, dass Kabelleitungen in so großem Umfang - kilometerlang - falsch verlegt wurden. Wie kann es sein, dass Baufirmen so rigoros entgegen den genehmigten Plänen gebaut haben? Wie kann es sein, dass es namhaften deutschen Firmen nicht gelingt, einen funktionstüchtigen und genehmigungsfähigen Brandschutz zu installieren? Wie kann es sein, dass all diese gravierenden Mängel von den

zahlreichen Überwachern auf der Baustelle nicht bemerkt oder ignoriert wurden? Und wie kann es sein, dass die Geschäftsführung den Aufsichtsrat - nachweislich! - nicht darüber informiert hat?

Seriöse Antworten auf diese Fragen werden wir am heutigen Tag nicht geben können; das können im Augenblick nicht einmal die Propheten. Wir werden daran arbeiten müssen, das aufzuklären.

Wir müssen zudem einen Weg finden, um das Ansehen der deutschen Ingenieurskunst und das des Flughafens Berlin-Brandenburg wiederherzustellen. Daran werden wir in den kommenden Monaten und Jahren hart arbeiten. Ich hoffe für unser Land, dass wir das gemeinsam in diesem Hohen Haus und gemeinsam mit der Landesregierung tun werden.

(Beifall SPD)

Der Ministerpräsident hat in seiner Rede klare, nachvollziehbare Gründe genannt, warum er in dieser extrem schwierigen Situation die Hauptverantwortung übernimmt und den Vorsitz des Aufsichtsrates anstrebt. Die Begründung des Ministerpräsidenten war eindrucksvoll und in jeder Hinsicht überzeugend. Matthias Platzeck - das wissen wir, davon sind wir überzeugt - ist der Richtige, um in dieser Lage die Hauptverantwortung zu übernehmen. Es ist eine mutige und vor allem eine richtige Entscheidung, den Vorsitz im Aufsichtsrat anzustreben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Der Flughafen Berlin-Brandenburg liegt nicht nur in unserem Bundesland; er ist auch für die Entwicklung unseres Landes von zentraler Bedeutung. 40 000 Arbeitsplätze erwarten wir als Ergebnis eines florierenden Flughafenstandortes. Aber das ist längst nicht alles, worauf es in diesem Zusammenhang ankommt. Wir sind weiterhin davon überzeugt: Der BER wird eine Strahlkraft entwickeln und das gesamte Land voranbringen. Auch entfernte Regionen wie die Prignitz und der Landkreis Elbe-Elster werden vom Flughafen profitieren.

Deswegen ist es für mich so unverständlich, warum Sie von der Opposition - genauer: von Teilen der Opposition; ich nehme einige davon aus, Sie, Herr Dombrowski, aber auf jeden Fall nicht - bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, dass man das Geld, das wir jetzt in den Flughafen stecken, angeblich anders verwenden könne.

(Dombrowski [CDU]: Das stimmt doch!)

Was soll dieses Gerede? Wollen Sie den Flughafen oder wollen Sie ihn nicht? Wenn Sie ihn wollen, dann müssen Sie sich nun einmal dazu bekennen, dass wir dafür auch Aufwendungen haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Allerdings ist auch insofern die neue Situation eine schwierigere als noch die vor einigen Wochen. Damals habe ich zu Recht darauf hingewiesen, dass die Mehrkosten, die damals bekannt waren, im Rahmen dessen, was zur Verfügung steht, finanzierbar sind.

(Dombrowski [CDU]: Das können wir uns wohl leisten?)

Wir werden auch darüber neu diskutieren müssen, weil in der Tat die neuerliche Verschiebung zu weiteren, unabweislichen Mehrkosten führen wird. Wie hoch diese sein werden, wissen wir heute noch nicht. Das können wir im Augenblick auch nicht seriös sagen. Aber es wird eine Aufgabe - nicht zuletzt des neuen Aufsichtsratsvorsitzenden - sein, schnellstmöglich Klarheit über die voraussichtlichen Mehrkosten herbeizuführen und sich um eine seriöse Finanzierung zu kümmern. Wir sind davon überzeugt, dass die Planungen, die es dazu im Augenblick gibt, der richtige Ansatz sind, um diesen Flughafen letztlich zum Erfolg zu führen.

Matthias Platzeck, unser Ministerpräsident, ist eben nicht jemand, der sich vor der Verantwortung drückt. Er ist jemand, der sich zu seiner Verantwortung bekennt. In der schwierigen Situation, in der wir uns befinden, will er die Hauptverantwortung übernehmen. Er hat sein politisches Schicksal mit dem Erfolg dieses Flughafenprojektes verknüpft. Wie können Sie dann davon reden, dass er das alles nur als Show inszeniere? Wenn ein Ministerpräsident die persönliche Hauptverantwortung für ein Hauptprojekt übernimmt, dann ist das aus meiner Sicht per se ein großartiger Schritt, um das Projekt zum Erfolg zu führen.

Sie aber von der Brandenburger CDU lassen nichts unversucht - Herr Dombrowski, Sie haben es heute wieder bewiesen -, um in dieser Lage nicht nur dem Ministerpräsidenten - was man der Opposition vielleicht noch zubilligen könnte -, sondern auch diesem Standort und dem Land zu schaden.

(Genilke [CDU]: Sie, Herr Holzschuher! - Senftleben [CDU]: Sie müssen sehr leiden!)

Dieses Ansinnen haben Sie heute wieder unter Beweis gestellt. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, was Sie - nur aus politisch motivierten Gründen - anrichten wollen, dann braucht man nur in Ihre Pressemitteilung von vor wenigen Tagen zu schauen. Darin fand sich auch die Kopie eines Schreibens an die Bundesminister Schäuble und Ramsauer.

Ich bin immer noch davon überzeugt - ich hoffe es jedenfalls -, dass das gar nicht von der CDU kommt, sondern es sich um eine Fälschung handelt, um die CDU in Brandenburg zu diskreditieren.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Leider nein!)

In diesem Schreiben greifen Sie nicht nur den Ministerpräsidenten an, sondern Sie stellen ungeheuerliche Vorwürfe an Bundesminister in den Raum. Ich zitiere:

„Es ist neben der dokumentierten Nichteignung Platzecks zu befürchten, dass er den Aufsichtsratsvorsitz dazu nutzen könnte, den andauernden Prozess von Verdunkelung und Verschleierung fortzuführen.“

(Frau Lehmann [SPD]: Unverschämtheit!)

Das ist in der Tat - sollte das Schreiben echt sein - mehr als eine Unverschämtheit.

(Beifall SPD und DIE LINKE - Dombrowski [CDU]: Ah ja!)

Sie haben sich wie ein kleines, bockiges Kind verhalten, das sich darüber ärgert, dass die Großen es nicht mehr mitspielen lassen. Dann rennen Sie zu Papa Schäuble und sagen: „Hilf uns! Mit dem bösen Ministerpräsidenten werden wir nicht allein fertig!“ Damit schaden Sie aber nicht nur dem Ministerpräsidenten, sondern Sie diskreditieren die Landespolitik, das Land Brandenburg und seine Bevölkerung vor der Bundesregierung - übrigens vor Ihrer eigenen.

Zum Glück ist das alles dort nicht aufgegriffen worden. Die Bundesregierung macht so manches falsch, aber so unseriös wie die Brandenburger CDU ist man dort nun doch nicht. Man hat sich geweigert, diesem Ansinnen näherzutreten. Das Verhalten der Brandenburger CDU ist aus meiner Sicht ein fatales Beispiel dafür, wie Opposition falsch handeln kann.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie einmal Mitverantwortung für dieses Projekt hatten. Die Regierungsverantwortung im Land sind Sie los, und jetzt handeln Sie auch so: verantwortungslos.

(Beifall SPD)

Sie werfen dem Ministerpräsidenten vor, dass er jetzt bereit ist, die Hauptverantwortung zu übernehmen. Das ist grotesk, und es widerspricht jeder realistischen Einschätzung. Ich bin davon überzeugt: Es widerspricht auch dem, was die Brandenburgerinnen und Brandenburger in ihrer großen Mehrheit von einem Ministerpräsidenten, von Matthias Platzeck in dieser Situation erwarten. Sie erwarten genau das, was er jetzt vorhat: dass er sich an die Spitze setzt und die Verantwortung für dieses Projekt in voller Hinsicht übernimmt, um es zum Erfolg zu führen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit noch ein paar Worte zu Politikern in Aufsichtsräten sagen. In den letzten Wochen wurde von Oppositionskreisen - auch in den Medien - oft gesagt, Politiker gehörten dort gar nicht hinein. Auch dazu hat der Ministerpräsident schon einiges gesagt. Natürlich gehören Experten in einen Aufsichtsrat. Natürlich braucht ein Flughafen auch einen Experten für Finanzen. Wenn man ein so großes Bauprojekt realisieren will, braucht man auch Bauexperten in einem solchen Gremium. Aber zunächst einmal ist dieser Aufsichtsrat das Gremium einer Gesellschaft, die sich in öffentlicher Hand befindet - übrigens nicht nur des Landes Brandenburg, sondern auch des Landes Berlin und des Bundes.

Herr Dombrowski, ich muss an dieser Stelle eine weitere Ihrer Behauptungen, die Sie vorhin aufgestellt haben, aufgreifen - es war übrigens wieder eine schädliche Behauptung; das kann man nicht anders sagen -: Der Aufsichtsrat habe im Zusammenhang mit dem Antrag an Brüssel, Unterstützung für das hier laufende Vorhaben zu gewähren, getrickst und getäuscht.

(Genilke [CDU]: Was denn sonst?)

Diesen grotesken, irrsinnigen Vorwurf haben Sie übrigens nicht nur an den Ministerpräsidenten, sondern auch an Ihre Parteifreunde Ramsauer und Schäuble - auch Herr Bomba sitzt

im Aufsichtsrat - gerichtet. Ich bin davon überzeugt: Niemand hatte vor, Brüssel über irgendetwas zu täuschen.

In dieser Situation ist es wichtig, dass politisch Verantwortliche in diesen Gremien sitzen. Es ist auch wichtig, dass sie die politischen Interessen des Gesellschafters in den Aufsichtsrat hineinbringen. Dabei geht es eben nicht nur um rein wirtschaftliche Überlegungen, sondern zum Beispiel auch - wir haben es in den vergangenen Monaten erlebt - um den Lärmschutz.

Herr Dombrowski, ich kann nicht verstehen, dass die CDU Brandenburgs dem Ministerpräsidenten vorhält, er habe sich nicht für den Lärmschutz eingesetzt, während Sie sich als große Heilige gerieren, wenn es um Schallschutz geht. Das ist doch lächerlich! Der Ministerpräsident - weil er im Aufsichtsrat vertreten ist - hat doch gerade erreicht, dass die Mitgesellschafter ihren Widerstand gegen mehr bzw. besseren Schallschutz aufgegeben haben.

(Schulze [fraktionslos]: Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts!)

Auch das ist seine Aufgabe als Vertreter des Gesellschafters Land Brandenburg in diesem Gremium. Er wird in anderer Funktion - als Vorsitzender - diese Verantwortung noch weit besser wahrnehmen können, weil ein Aufsichtsratsvorsitzender noch wesentlich mehr Einfluss auf die Geschicke der Gesellschaft nehmen kann, als dies für ein einfaches Mitglied des Aufsichtsrates gilt.

Der Ministerpräsident hat in seiner heutigen Regierungserklärung eine Reihe von Punkten angesprochen, die aus seiner Sicht geändert werden müssen. Zu Recht hat er angemahnt, die Geschäftsführung anders aufzustellen. Wir haben in der Tat erkennen müssen, dass die bisherige Struktur der Gesellschaft offensichtlich nicht hinreichend war, um Verantwortlichkeiten klarzustellen. Ein Vorstandsvorsitzender/eine Vorstandsvorsitzende soll zukünftig die Geschicke des Unternehmens als hauptverantwortlicher Ansprechpartner lenken. Ich bin davon überzeugt, dass sich in einem ständigen Kontakt mit dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Matthias Platzeck insofern eine ganze Menge verändern wird.

Der Aufsichtsrat soll durch zusätzliche Experten ergänzt werden. Auch das ist - man muss es feststellen - eine Notwendigkeit. Auch dazu hat sich Matthias Platzeck bekannt. Er wird als Vorsitzender des Aufsichtsrates die entscheidenden Schritte einleiten, um geeignete Persönlichkeiten für dieses Gremium zu gewinnen. Was die Dotierung angeht, so ist das eine ehrenamtliche Funktion; das ist normalerweise nichts, worum sich Experten reißen.

Wir werden in dieser Situation zugleich einen anderen Umgang zwischen Landesregierung und Landtag brauchen. Deswegen haben wir den Antrag angekündigt, der darauf gerichtet ist, einen Sonderausschuss einzurichten, der die Verantwortlichkeiten im Landtag bündeln soll. Der Sonderausschuss soll dazu beitragen, dass das Flughafenthema konzentriert und konsequent auch im Landtag weiterbearbeitet wird.

Gleichzeitig begrüße ich es außerordentlich, dass mit der zusätzlichen Entsendung von Herrn Bretschneider als Staatssekretär

in die Staatskanzlei auch auf dieser Ebene erneut eine Verstärkung stattfindet, was Matthias Platzeck bei seiner verantwortungsvollen Arbeit mit Sicherheit unterstützen wird. Ich danke Rainer Bretschneider, dass er sich auch dieser - nicht ganz einfachen - Aufgabe annimmt.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Er hat im Übrigen in der Vergangenheit gezeigt, dass er mit dieser Materie sehr eng verbunden, fast schon verwurzelt ist.

(Dombrowski [CDU]: Sehr gut gemacht, ja!)

Das ist ein weiterer Baustein, damit sich erheblich etwas verändert.

Matthias Platzeck steht für einen besonderen und überzeugenden Politikstil. Er wird dafür Sorge tragen, dass dieser Stil auch in die Gesellschaft Einzug hält. Es ist ein verbindlicher, aber eben auch ein kollegialer Stil. Die Gesellschaft muss erkennen, dass wir dieses Projekt nur durch kollegiale Zusammenarbeit auf allen Ebenen schnell zu einem Erfolg führen können.

Wichtig ist auch, dass wir den vielen Beschäftigten der Flughafengesellschaft, die unermüdlich ihre Arbeit machen, unsere Wertschätzung ihrer Arbeit signalisieren. Denn an den Problemen, die bisher aufgetreten sind, trifft sie mit Sicherheit keine Schuld.

Dafür brauchen wir einen anderen Weg; auch dafür, wie für eine andere Art der Kommunikation nach außen, steht Matthias Platzeck. Er hat den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht Transparenz und Offenheit angekündigt. Der BER wird nur dann akzeptiert, wenn sich überall in der Umgebung des Standortes die Erkenntnis durchsetzt, dass wir mit dem Flughafen einen Erfolg für die gesamte Region erreichen.

Wir brauchen auch eine bessere Kommunikation mit denjenigen, die sich für mehr Lärmschutz einsetzen. Auch dazu hat sich der Ministerpräsident klar bekannt. Das ist manchmal gar nicht so sehr eine Frage von Kosten und Maßnahmen, von Flugzeiten und -routen, als vielmehr eine Frage des Umgangs miteinander - und der Überzeugungsarbeit, die nötig ist. Ich bin sicher: Matthias Platzeck wird einen erheblichen Beitrag dazu leisten.

Heute wurde noch kein neuer Termin für die Eröffnung des Flughafens genannt. Das ist absolut richtig. Zunächst müssen jetzt alle Planungen und Prüfungen so weit abgeschlossen werden, dass das, was vor Ort entsteht, sicher genehmigt wird und in Betrieb gehen kann. Wir werden die Frage, wann das geschieht, nicht an politische Termine knüpfen - nicht in diesem, auch nicht im nächsten Jahr. Wenn es länger dauern muss, dauert es eben länger.

Gleichzeitig - auch davon bin ich überzeugt - werden der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung neu aufgestellt. Wir müssen alle zusammen Sorge dafür tragen, dass wir dieses Projekt so schnell wie möglich zu einem Ende führen. Der Region ist - nicht nur in finanzieller Hinsicht - erheblicher Schaden entstanden. Diesen Schaden wiedergutzumachen - dafür müssen wir gemeinsam kämpfen.

Dabei geht es nicht nur um Vertrauen in den Ministerpräsidenten, den zukünftigen Aufsichtsratsvorsitzenden. Die wichtigste Aufgabe wird es sein, Vertrauen in die Region Berlin-Brandenburg,

in diese Erfolgsgeschichte wiederherzustellen. Auch dazu hat sich der Ministerpräsident verpflichtet. Er wird es tun, da bin ich sicher. Gerade weil er sein politisches Schicksal mit dieser Thematik verknüpft, ist er in jeder Hinsicht glaubwürdig. Er wird weit über die Region Berlin-Brandenburg hinaus neues Vertrauen in den Erfolg dieses Projektes erzeugen können. Ich kenne übrigens sonst niemanden, der in gleicher Weise die Stimmung positiv verändern könnte, indem er sagt: Ich übernehme den Vorsitz im Aufsichtsrat und verknüpfe mein politisches Schicksal mit dem Erfolg des Flughafens.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Auch deshalb brauchen wir Matthias Platzeck in dieser neuen Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Ministerpräsident handelt im Interesse unseres Landes zutiefst verantwortlich. In einer Phase, in der zugegebenermaßen die Gewissheit über die weitere Entwicklung brüchig ist, will er konsequent die Klärung der offenen Fragen und den Erfolg des Projektes herbeiführen. Der Weg ist steinig - da sind wir uns sicher - und wird in den nächsten Monaten und Jahren von weiteren wichtigen Entscheidungen geprägt sein. Für diesen schweren, manchmal vielleicht auch unpopulären Weg braucht der Ministerpräsident die Unterstützung und das Vertrauen des Landtages. Die SPD-Fraktion wird alles dafür tun, dass er diese Unterstützung bekommt. Er genießt für diese sehr schwierige Arbeit zum Wohle des Landes unser uneingeschränktes Vertrauen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Damit erhält die FDP-Fraktion das Wort. Der Abgeordnete Büttner spricht zu uns.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, Herr Kollege Holzschuher, wir wollen dieses Projekt zu Ende bringen - jetzt sind wir aber erst einmal froh, dass Sie Ihre Rede zu Ende gebracht haben.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Eigentlich fehlte nur noch, dass Sie sich hier hinge kniet hätten, um den Ministerpräsidenten anzubeten. Mit einer solchen Rede werden Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht, lieber Kollege Holzschuher.

Meine Damen und Herren, am Abend des 6. Januars dieses Jahres überraschte uns die Nachricht, dass die Eröffnung des Flughafens BER erneut verschoben werden müsse. Der Termin im Oktober 2013 sei nicht zu halten. Aber seien wir ehrlich: Wirklich überrascht hat uns diese Nachricht nicht. Man konnte in den vergangenen Monaten immer wieder hören, dass dieser Zeitplan sehr ambitioniert sei. Das hat man im Übrigen auch von Herrn Amann, dem Technischen Geschäftsführer der FBB, immer wieder gehört, der ja aus diesem Grund nach Berlin geholt worden ist: um die Fehler und Mängel am BER aufzudecken.

Herr Amann wurde in der vergangenen Woche in Rundfunk und Presse mit den Worten wiedergegeben, die Situation sei

heftig, sehr heftig, geradezu grauenvoll. Er hoffe, er habe nicht zu spät die Reißleine gezogen. - Wenn man als technischer Laie solch eine Aussage hört, verspürt man Sorge um die Zukunft des Flughafens. Deshalb war ich froh, als Herr Amann in einem Interview bei „Inforadio“ noch einmal klarstellte, dass die Probleme am BER zu bewältigen seien und er seinen Umzug nach Berlin noch nicht bereut habe.

Grauenhaft ist in der Tat einiges, was wir rund um den Flughafen BER hören. Die vierte Verschiebung der Eröffnung innerhalb weniger Monate ist in der Tat grauenhaft, nicht zuletzt für die kleinen und mittelständischen Betriebe in unserer Region, die sich in den Flughafen eingebucht haben und nun hinsichtlich ihrer eigenen Planung überhaupt keine Sicherheit mehr haben. Die Verschiebung ist auch für die Region Brandenburg-Berlin peinlich. Sie schädigt den Ruf der Wirtschaftsnation Deutschland, den Ruf deutscher Ingenieurskunst. Sie ist, Herr Ministerpräsident, natürlich auch schlecht für das Label „Made in Germany“.

Dieses Label wurde nach dem 2. Weltkrieg ein Synonym für das deutsche Wirtschaftswunder. Das Land schaffte es nach Zusammenbruch und Befreiung, sich wieder hochzuarbeiten, auf die Beine zu kommen und zu dem zu werden, was wir heute sind: eine der stärksten Wirtschaftsnationen dieser Erde.

Wir, meine Damen und Herren, sind die Hauptstadtregion dieser starken Wirtschaftsnation, und wir haben bei diesem Flughafenbau jämmerlich versagt. Das ist eine Schande für unsere gesamte Region.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Deswegen ist es notwendig, dass sich das Parlament heute in einer Sondersitzung mit der erneuten Verschiebung der Flughafenöffnung beschäftigt. Wir als gewählte Abgeordnete müssen den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ihre Fragen beantworten. Wir müssen ihnen sagen, was auf sie zukommt, welche Konsequenzen - auch in finanzieller Hinsicht - das BER-Desaster für das Land hat. Viele von uns - vermutlich wir alle - sehen sich in ihren Wahlkreisen mit solchen Fragen konfrontiert und müssen sie beantworten.

Der Ministerpräsident trägt in seinem Regierungsamt einerseits die politische Verantwortung für das Land, andererseits ist er seit vielen Jahren Mitglied des Aufsichtsrates der FBB. Es ist richtig und notwendig, dass er dem Parlament und den Menschen in Brandenburg erklärt, wie es zu diesem Desaster kommen konnte und - vor allen Dingen - wie wir dort wieder herauskommen wollen. Letzteres ist mir bisher bei allen Rednern zu kurz gekommen. Der Blick nach vorne, der politische Schlagabtausch sind völlig richtig. Das ist Aufgabe des Parlaments. Aber wir sind als Politiker auch gewählt worden, um den Menschen in diesem Land Zukunftsvisionen zu geben

(Beifall FDP)

und ihnen zu sagen, wie wir, wenn wir schon in dieses Desaster geraten sind, wieder herauskommen wollen, welche Lösungsansätze wir haben.

Herr Ministerpräsident, bei Teilen Ihrer Rede hatte ich den Eindruck, die Mitarbeiter in Ihrer Staatskanzlei hätten keine Lust

verspürt, eine weitere Rede zum Thema BER zu schreiben, sondern haben lieber per copy & paste Aussagen aus früheren Reden übertragen. Ich gehe gleich im Einzelnen auf die von Ihnen benannten Punkte ein. Lassen Sie mich aber zuvor noch einige allgemeine Aussagen zum BER und zu den Folgen dieser Verschiebung treffen.

Meine Damen und Herren, seit mehreren Monaten fordern wir als FDP-Fraktion - aber bei weitem nicht als einzige - die Ablösung des Geschäftsführers Prof. Schwarz von der Spitze der FBB. Er hat mehrfach bewiesen, dass er die fleischgewordene Unzuständigkeit ist und sein Handeln offenbar von erschreckender Ahnungslosigkeit gekennzeichnet war.

(Beifall FDP)

Vor einigen Wochen sagte er im Hauptausschuss dieses Landtages auf meine Frage, ob er nicht habe sehen können, was auf die FBB zukommt, dass nicht er, sondern Dr. Körtgen für die technischen Angelegenheiten zuständig gewesen sei. Man habe sich zwar immer mal wieder getroffen, seine Zuständigkeiten hätten allerdings woanders gelegen. Da kann man nur noch den Kopf schütteln und fragen, wieso dieser Geschäftsführer so lange im Amt gehalten wurde.

(Beifall FDP, GRÜNE/B90 und des Abgeordneten Domrowski [CDU])

Diese Frage, meine Damen und Herren, richtet sich aber an alle Gesellschafter der FBB. Mir jedenfalls ist nicht bekannt, dass auch nur ein Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung einen Antrag auf Ablösung von Prof. Schwarz gestellt hätte. Lange, viel zu lange haben die Gesellschafter die Ahnungslosigkeit von Prof. Schwarz toleriert. Mir erschließt sich nicht, warum dieser Geschäftsführer für seine Unfähigkeit nun auch noch eine Entschädigung bekommen sollte.

Ich sehe den Herrn Ministerpräsidenten gerade nicht. Ist er überhaupt noch im Saal? - Wir erwarten, dass der Ministerpräsident alles dafür tut, dass Herr Schwarz entschädigungsfrei aus seinem Verhältnis entlassen wird.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Es ist den Steuerzahlern nicht zu erklären, warum dieser Geschäftsführer nun auch noch einen goldenen Handschlag bekommen sollte. Wie Sie das machen, bleibt Ihr Problem und das der Juristen - aber finden Sie einen Weg!

Meine Damen und Herren, der Vorsitzende eines Aufsichtsrates hat eine besondere Funktion. Er beeinflusst maßgeblich die Sitzungsintervalle und -inhalte, zumal er die Sitzungsleitung innehat. Der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende, der Regierende Bürgermeister von Berlin, hat bewiesen, dass er offensichtlich kein wirkliches Interesse an dieser Gestaltungsposition hatte. Es reicht aber eben nicht aus, arm und sexy zu sein - man muss manchmal auch für eine Sache arbeiten und weniger Zeit auf Partys verbringen.

(Beifall FDP)

Es ist absolut folgerichtig, dass Herr Wowereit als Aufsichtsratsvorsitzender zurücktritt.

Eines der Hauptprobleme am BER ist die Brandschutzanlage. Es hat sich wahrscheinlich bislang niemandem erschlossen, warum diese in der Welt einmalige Anlage so konstruiert wurde. Anscheinend hat sich der Architekt durchgesetzt, der keine Veränderung seiner Dachkonstruktion wollte, anstelle der Techniker und Ingenieure, die es besser hätten wissen müssen. Wer in aller Welt, wenn Rauch nach oben steigt, drückt diesen nach unten, um ihn unterirdisch irgendwo hinauszuleiten? Das ist doch gaga! Wenn man so etwas liest, fragt man sich, ob man bekloppt ist. Aber nein, genau das ist an diesem Flughafen geschehen. Das ist eines der Hauptprobleme am Flughafen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Aber das macht nicht der Aufsichtsrat!)

- Das habe ich auch nicht gesagt, Frau Mächtig.

Zu den Problemen an der Brandschutzanlage scheint aber noch eine ganze Reihe anderer Probleme hinzuzukommen, die es zu bewältigen gilt. Es ist heute nicht meine Aufgabe, auf alle diese Mängel einzugehen. Zum einen kann ich das nicht; ich bin kein Bausachverständiger, der das umfangreich und mit Detailwissen machen könnte. Zum anderen denke ich, dass es uns hier und heute darum gehen muss, die politische Dimension dieses Desasters zu diskutieren - und dabei gibt es unterschiedliche Positionen. Ja, die gibt es zwischen und innerhalb aller Fraktionen, auch meiner Fraktion. Das ist normal, das gehört zum politischen Alltag dazu.

Für meine Fraktion gilt eine Feststellung, die die Grundlage für alle weiteren politischen Maßnahmen darstellt: Dieser Flughafen muss so schnell wie möglich eröffnet werden!

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Wir brauchen diesen Flughafen. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region ist untrennbar mit dem Flughafen verbunden. Wir als FDP-Fraktion wollen eine weitere positive Entwicklung auch der Fluggastzahlen - dies wäre auch Ausdruck einer wirtschaftlichen Stärkung unserer Region -, sowohl durch Businessflüge als auch durch Flüge von Touristen, die in unsere Region kommen. Die Priorität für die Eröffnung des Flughafens ist deshalb der Maßstab für die weitere politische Begleitung dieses Projektes.

Ist Herr Platzeck inzwischen zurück?

(Holzschuher [SPD]: Da kommt er!)

Ah! Herzlich willkommen zurück!

(Ministerpräsident Platzeck: Ich war nur ein Glas Wasser trinken!)

Sie, Herr Ministerpräsident, wollen den Vorsitz des Aufsichtsrates übernehmen. Das bedeutet aber, dass Sie diesem Landtag einen Masterplan vorlegen müssen: Wie soll es mit diesem Projekt weitergehen? Wie führen wir es zum Erfolg?

(Zurufe von der Fraktion der SPD)

- Mit „Master“ hat das nichts zu tun, Frau Kircheis. - Herr Ministerpräsident, Sie binden Ihr politisches Schicksal an den Erfolg des Projektes BER. Scheitert dieses Projekt weiter, dann

scheitern auch Sie - und das zu Recht. Ihr Hinweis auf das mit der Übernahme dieser Führungsrolle verbundene Schicksal ist insofern folgerichtig, wäre aber an dieser Stelle gar nicht notwendig gewesen, weil das jedem hier in diesem Hause klar ist.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, fordern wir Sie auf: Legen Sie diesem Haus einen Masterplan vor! Erklären Sie uns und vor allem den Menschen im Land, wie Sie dieses Flughafenprojekt zu einem Erfolg führen und wie Sie dieses Land vor dem Finanzkollaps bewahren wollen. Dazu haben wir in Ihrer Rede leider nichts gehört.

Wohl aber haben wir von Ihnen einige Punkte gehört, mit denen ich mich jetzt im Einzelnen beschäftigen möchte. Sie haben in Ihrem ersten Punkt angekündigt, dass Sie den Aufsichtsrat umbauen wollen. Das fordern wir Liberale seit vielen Monaten: Wir brauchen mehr Fachkräfte im Aufsichtsrat.

Dabei geht es uns aber nicht darum - ich glaube, das unterscheidet uns wesentlich -, den gesamten Aufsichtsrat auszutauschen. Was würde es denn bedeuten, wenn wir all diejenigen austauschten, die in den vergangenen Jahren im Aufsichtsrat waren? Es würde bedeuten, dass wir eine lange Zeit benötigten, weil wir gleichzeitig auch alle Geschäftsführer austauschen, um die Nachbesetzung überhaupt vornehmen zu können.

Gleiches betrifft übrigens den Vorsitz des Aufsichtsrates. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dieter Dombrowski, hat am Dienstag in der Pressekonferenz der CDU-Fraktion richtig festgestellt: Da ist ja keiner. Es gibt keinen anderen. - Ich habe bisher in der gesamten politischen Diskussion keinen ernst zu nehmenden Politiker gehört, der eine personelle Variante vorgeschlagen hat, die tragfähig erscheint. Wer, meine Damen und Herren, reißt sich denn eigentlich um den Vorsitz dieses Aufsichtsrates? Es ist ja nun wirklich nicht der beste Job, den wir in diesem Land zu vergeben haben.

(Frau Kircheis [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Ein führungsloser Aufsichtsrat, ein Aufsichtsrat, der keine Detailkenntnis von den Debatten der vergangenen Monate hat, würde dazu führen, dass wir die Eröffnung des Flughafens weiter verzögern.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Das kann nicht in unserem Interesse, nicht im Interesse der politisch Verantwortlichen, aber auch nicht im Interesse der Steuerzahler in diesem Lande sein.

Herr Kollege Vogel, Sie sind ja gleich nach mir dran und können das aufgreifen. Wenn es nach Ihnen geht - das entnehme ich dem Interview, das ich heute gelesen habe -, machen wir einen kleinen Regionalflughafen daraus, setzen uns alle wieder in den Zug oder ins Auto - Auto ist ja auch nicht in Ordnung - und fahren dann durch die Gegend. So funktioniert es eben auch nicht, Herr Kollege Vogel!

(Beifall FDP, SPD und DIE LINKE)

Wenn Sie den Aufsichtsrat umbauen wollen, dann müssen Sie - Sie haben das angekündigt - sehr schnell ein tragfähiges Konzept dafür vorlegen. Ich glaube nicht, dass von den vier Brandenburger Sitzen im Aufsichtsrat drei an Politiker vergeben

sein müssen. Was bedeutet es in der Konsequenz, wenn Sie sagen, dass von Brandenburg aus Veränderungen geschehen müssen? Wenn das bedeutet, dass die Minister Markov und Christoffers den Aufsichtsrat verlassen müssen, dann ist das der richtige und konsequente Weg. Ich bin mir allerdings nicht ganz klar darüber, wie Sie das Ihrem Koalitionspartner erklären wollen; aber das ist auch nicht mein Problem.

Sie stehen in der Verantwortung, jetzt so schnell wie möglich zu handeln und einen Vorschlag für einen veränderten Aufsichtsrat auf den Tisch zu legen. Sie müssen den Vorschlag unterbreiten, wie Sie fachlichen Sachverstand in dieses Gremium holen wollen. Wir sind dabei auf Ihre Vorstellungen gespannt.

Herr Ministerpräsident, ich habe es vorhin bereits angesprochen: Seit Monaten versucht man, den Gesellschaftern der FBB beizubringen, dass das Festhalten an Prof. Schwarz falsch war. Seit Monaten erklären wir Ihnen, dass das Gesamtkonstrukt dieser Geschäftsführung falsch war. Nun endlich - leider zu spät - haben Sie es eingesehen. Ja - noch einmal -, Prof. Schwarz muss entschädigungsfrei nach Hause gehen. Es ist auch wichtig, dass wir neben einem Technischen Geschäftsführer und einem Geschäftsführer für Aviation und Non-Aviation einen Geschäftsführer für Finanzen bekommen. Das ist eine Forderung, die im politischen Bereich seit Monaten erhoben wird. Man muss sich unweigerlich die Frage stellen, warum das alles so lange gedauert hat, warum man bei dieser absurden Geschäftsführungskonstruktion geblieben ist. Das alles hat eben keinen Sinn ergeben, und es hat zu den Problemen, die wir jetzt vorfinden, maßgeblich beigetragen. Dass der Aufsichtsrat dieses Problem zu lange nicht beachtet hat, ist einer der maßgeblichen Fehler dieses Gremiums.

Alles, was Sie jetzt noch machen können, ist eine Schadensbegrenzung. Handeln Sie deshalb schnell, treffen Sie die notwendigen Personalentscheidungen und finden Sie Leute, die es können! Die von Ihnen angesprochene klare Hierarchie in der Geschäftsführung begrüße ich ausdrücklich. Diese Hierarchie ist notwendig, um die Verantwortlichkeiten klar herauszustellen.

Herr Ministerpräsident, kommen wir zu dem dritten Punkt, den Sie angesprochen haben, die Frage nach einem transparenten Informationsgebaren. Das ist einer jener Teile, wo ich den Eindruck hatte, dass Sie diese Passage mit Copy and Paste aus einer Ihrer letzten Reden eingefügt haben. Sie haben bisher in allen Sondersitzungen und sonstigen Sitzungen dieses Hauses, wenn es um dieses Thema ging, mitgeteilt, dass Sie ein transparenteres Informationsverfahren wollen. Leider haben Sie diese Transparenz gegenüber den Abgeordneten dieses Landtages bisher oft genug vermissen lassen. Viele der jetzt vor uns liegenden Probleme konnte man zunächst der Presse entnehmen, und anschließend wurde dieses Parlament sukzessive über die bereits in der Presse zu findenden Neuigkeiten informiert. Das ist nicht die Informationspolitik, die wir uns vorstellen. Wir sind gespannt, wie Sie eine verbesserte Informationspolitik - insbesondere den Abgeordneten dieses Hauses gegenüber - herbeiführen wollen.

Herr Ministerpräsident, es ist völlig selbstverständlich, dass diese Hauptstadtregion funktionierende Flughäfen braucht. Ihre Ankündigungen, die notwendigen Investitionen in Tegel und Alt-Schönefeld durchzuführen, sind deshalb nur folgerichtig. Neben den bereits eingetretenen Schäden für die Region darf es wegen mangelnder Abfertigungskapazitäten in Tegel und

Schönefeld nicht zu einem weiteren wirtschaftlichen Desaster kommen, zu einer weiteren Verschärfung der Situation, die allein darin begründet liegt, dass die FBB die notwendigen Erweiterungen in Tegel und Schönefeld nicht bewerkstelligen kann. Wir haben eine Verantwortung für die Gesamtregion, der wir uns zu stellen haben. Ihre Ankündigungen in diesem Bereich sind deshalb richtig und finden unsere Unterstützung.

Aber, Herr Platzeck, ich habe mich schon etwas gewundert, dass Sie um das Thema Lärmschutz ein bisschen wie die Katze um den heißen Brei herumgeschlichen sind. Es ist mir klar - ich kann das alles nachvollziehen -, dass Sie da in Ihrer Koalition ein Problem haben. Sie werden sich aber bei diesem Thema nicht wegducken können. Wir werden den Menschen in der vom Fluglärm betroffenen Region erläutern müssen - ich schildere Ihnen meine persönliche Sicht immer wieder gerne, auch in die Kameras -, warum wir ein erweitertes Nachtflugverbot nicht bekommen können und nicht bekommen dürfen, warum es notwendig ist, dass die gegenwärtigen Zeiten zum Nachtflugverbot nicht erweiterbar sind. Das ist keine einfache Diskussion, das weiß ich. Es macht auch keinen Spaß, in den Versammlungen zu stehen und vollgemeckert zu werden, ausgeschimpft zu werden - berechtigterweise aus der Sicht der Betroffenen. Aber es ist ein Gebot der Fairness ...

(Zuruf des Abgeordneten Günther [SPD])

- Ja, Sie kennen das, Herr Günther. -

... den Menschen die Wahrheit zu sagen. Eine Erweiterung des Nachtflugverbots führt dazu, dass die Fluggesellschaften drei Rundläufe, die notwendig sind, um die Wirtschaftlichkeit für die Fluggesellschaften zu gewährleisten, nicht durchführen können. Damit ist auch die Wirtschaftlichkeit des Flughafens insgesamt betroffen, da das Anfliegen eines Flughafens mit attraktiven Strecken nur möglich ist, wenn eine möglichst gute Auslastung der Flugzeuge vorliegt. Ist dies nicht mehr gegeben, werden die Fluggesellschaften auf andere Standorte ausweichen. Das wäre falsch für einen internationalen Flughafen, und es wäre falsch für eine weitere positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Hauptstadtregion. Wegducken gilt in dieser Frage nicht.

Wir kennen Ihre Argumentation, Kollege Görke, Kollege Holzschuher, dass dies bundesweit zu regeln sei. Sie haben aber die Verantwortung für den Standort Schönefeld und werden als Landesregierung und als regierungstragende Fraktionen den Menschen erklären müssen, was erforderlich ist, um die Wirtschaftlichkeit des Flughafens zu gewährleisten.

Ich habe in den vergangenen Wochen und Monaten auch immer wieder gehört: Diese Flughafengesellschaft kann überhaupt nicht mehr wirtschaftlich arbeiten. - Ich kann das nicht beurteilen, ich bin kein Finanzexperte. Ich glaube aber, was man in dieser Gesamtdiskussion immer wieder ausblendet, ist, dass wir hier nicht nur über die Gesellschaft reden, sondern dass wir selbstverständlich auch über die Arbeitsplätze, die dort entstehen sollen, reden, denn diese senken die Sozialkosten in unserem Haushalt, führen zu höheren Steuereinnahmen sowie dazu, dass wir eine noch bessere, noch dynamischere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land haben. Auch das muss in die gesamtwirtschaftliche Rechnung dieses Flughafens mit einfließen und nicht nur eine isolierte Betrachtung der Gesellschaft

an sich, die natürlich Erfolg haben soll. Aber eine gesamtwirtschaftliche Diskussion muss hier auch geführt werden, und man darf das nicht einseitig ausblenden.

(Beifall der Abgeordneten Blechinger [CDU])

Meine Damen und Herren, es ist mir in der Rede des Ministerpräsidenten aufgefallen: Sie machen einen großen Bogen um entstehende Kosten. Wir haben in der vergangenen Woche im politischen Bereich und in der Presse einiges an Zahlen gehört.

(Zuruf der Abgeordneten Muhß [SPD])

- Ja, ich komme ja noch dazu. Frau Muhß, ganz ruhig.

Einerseits war dort von 1 Milliarde Euro die Rede, andererseits von über 2 Milliarden Euro. Ich glaube, seriös kann das im Augenblick kein Mensch sagen. Niemand weiß,

(Frau Muhß [SPD]: Sage ich ja!)

wie hoch die Gesamtkosten sind und wie hoch die Kosten dieser erneuten Verschiebung sein werden. Wir wissen nur: Es wird teurer. Aber gerade hier, Kollege Günther, bedeutet doch die politische Klarheit, von der ich vorhin gesprochen habe: Wir sind der Haushaltsgesetzgeber dieses Landes und haben Anspruch darauf, zu erfahren, wie Sie die zusätzlichen Mittel im Haushalt bereitstellen wollen.

(Minister Dr. Markov: Das sage ich Ihnen schon noch!)

- Ja, Herr Minister Markov, das ist jetzt Ihre Aufgabe, um die Sie sich zu kümmern haben.

Ich war schon ein bisschen überrascht, dass der Vorsitzende Ihrer Fraktion, Herr Görke, am Dienstag in seiner Pressekonferenz verkündet hat, dass man trotzdem 2014 einen ausgeglichenen Haushalt - ich konkretisiere: einen Haushalt ohne neue Schulden - vorlegen wolle. Wie Sie das bewerkstelligen wollen, darauf sind wir sehr gespannt. Das haben Sie natürlich auch offen gelassen, Kollege Görke.

(Görke [DIE LINKE]: Gut zuhören!)

Herr Minister Markov, ich erwarte von Ihnen, dass Sie diesem Parlament so schnell wie irgend möglich, das heißt also, ohne eigene schuldhaftige Verzögerung, einen seriösen Kostenrahmen vorlegen und einen Vorschlag, wie Sie das in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 lösen wollen.

(Beifall FDP - Minister Dr. Markov: Das werden Sie bekommen, selbstverständlich!)

- Ich freue mich über die Zusage. Gucken Sie doch nicht so ernst, ich freue mich doch darüber, wenn Sie das machen.

Das bedeutet aus unserer Sicht: Es ist völlig klar, dass Sie diesem Parlament einen Nachtragshaushalt vorlegen müssen. Dieses Haus hat das Recht und die Pflicht, zu erfahren, wie die finanzielle Situation durch den Flughafen beeinträchtigt wird. Ab Dezember 2013 werden jeden Monat hohe Summen an Entschädigungszahlungen fällig. Das wird die FBB nicht allein tragen können. Wir können Ihnen aber auch keinen Blankoscheck ausfüllen. Die Ausreichung aller weiteren finanziellen

Mittel muss ausreichend begründet sein. Das hat der Kollege Holzschuher jetzt auch erkannt. Kollege Holzschuher ist aus der letzten Debatte heraus als Dagobert Duck Brandenburgs, der im Geld schwamm. Jetzt hat er festgestellt: Die Panzerknacker waren da, es ist kein Geld mehr da. Jetzt müssen auch Sie, Herr Kollege Holzschuher, sich einmal Gedanken machen, wie wir das finanzieren wollen.

Wir wollen auch erfahren, welche politischen Bereiche Sie heranziehen wollen, um die finanzielle Situation in den Griff zu bekommen. Sie haben ja nicht so viele Möglichkeiten. Entweder Sie machen neue Schulden, oder Sie sagen uns, wo Sie kürzen wollen. Ich sage Ihnen gleich: Sie werden auf den erbitterten Widerstand der FDP-Fraktion stoßen, wenn Sie in den Bereichen kürzen wollen, die für die zukünftige Entwicklung dieses Landes notwendig sind. Das sind Bildung, Wissenschaft und vor allem - da können Sie ja nichts mehr streichen - die wirtschaftliche dynamische Entwicklung hinsichtlich infrastruktureller Projekte.

(Beifall FDP)

Die Menschen in diesem Land haben ein Recht darauf, zu erfahren, welche Bereiche künftig geringer finanziert werden, weil die Flughafengesellschaft nicht in der Lage war, vernünftig zu planen, und der Aufsichtsrat kollektiv unfähig war, die Vorstellungen der Flughafengesellschaft so zu hinterfragen, dass man Risiken für den Haushalt früher hätte erkennen können. Hier sind die Verantwortlichen klarzustellen, und im Übrigen sind hier auch - Herr Dombrowski hat Recht - Entschädigungsansprüche zu prüfen und rechtlich festzustellen.

Meine Damen und Herren, gegenwärtig diskutiert der Landtag Brandenburg in vier Ausschüssen die Problematik des BER: Im Hauptausschuss, im Infrastrukturausschuss, im Finanzausschuss und im Umweltausschuss. Diese Zerfaserung der Zuständigkeiten führt dazu, dass sich unterschiedliche Personen immer nur mit einer Thematik befassen und die Gesamtsicht auf die Probleme am BER nicht gewährleistet ist. Es ist deshalb aus Sicht der FDP-Fraktion erforderlich, einen Sonderausschuss des Landtages zum BER einzurichten.

(Beifall FDP)

Wir als FDP-Fraktion haben Ihnen diesen Antrag am Dienstag vorgelegt, und ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, Kollege Görke, Kollege Holzschuher, dass Sie das aufgegriffen haben und mit uns gemeinsam heute diesen Antrag einbringen wollten. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Ich finde es schade, dass die anderen beiden Fraktionen sich dazu nicht durchringen konnten. Gut, wir diskutieren das dann eben nächste Woche. Ich glaube, dass ein Sonderausschuss die Gewährleistung dafür bietet, dass alle Themen umfänglich bearbeitet werden können, dass unterschiedliche Zuständigkeiten aufhören und dadurch auch der Informationsfluss verbessert werden kann.

(Beifall FDP und vereinzelt SPD)

Es wird also dadurch, dass die Regierungsfaktionen dem Antrag der FDP beigetreten sind - wir gehen davon aus, dass das auch beschlossen werden wird -, künftig möglich sein, alle Informationen zum BER in einem Ausschuss zu bündeln. Das kann die Transparenz, von der Sie, Herr Ministerpräsident, gesprochen haben, erhöhen. Wir hoffen das jedenfalls sehr.

Meine Damen und Herren, viele Probleme am BER sind ungeklärt. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass die Flugroutenproblematik noch nicht gelöst ist und sich nun die Europäische Union eingeschaltet hat. Wir erwarten dazu in Kürze Ihre Informationen aus der angekündigten Transparenzoffensive, Herr Ministerpräsident. Fast jeden Tag lesen wir von neuen Problemen am oder um den Flughafen BER oder im Zusammenhang mit dem BER. Diese müssen nun geklärt werden. Das ist Ihre Verantwortung, Herr Ministerpräsident. Sie haben das so gewollt. Nun handeln Sie und zeigen Sie den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, dass Sie dieser Verantwortung auch nachkommen!

Herr Ministerpräsident - ich bin ja gleich fertig, wenn Sie noch einen Moment zuhören könnten -, Sie fragen nach dem Vertrauen der Landtagsabgeordneten in Sie als Regierungschef. Ich habe sehr wohl bemerkt, wie Sie das formuliert haben und dass Sie sich an alle Abgeordneten dieses Landtages gewandt haben. Deswegen will ich Ihnen auch antworten. Es gibt ja sowieso eine namentliche Abstimmung. Ich antworte Ihnen auch gerne. Herr Ministerpräsident, Sie haben dieses Vertrauen von uns nicht.

(Beifall des Abgeordneten Lipsdorf [FDP])

Diese Koalition hat das Vertrauen von der FDP-Fraktion nicht. Dieses Land wird aus Sicht der FDP-Fraktion in die falsche Richtung geschickt. Eine Zustimmung zur Vertrauensfrage wäre gleichbedeutend mit einer Zustimmung zu Ihrem Koalitionsvertrag.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Es kann nicht Ihr Ernst sein, meine Damen und Herren, dies von der FDP-Fraktion zu verlangen.

(Beifall FDP)

Nein, Herr Ministerpräsident, die FDP-Fraktion wird Ihnen dieses Vertrauen nicht aussprechen. Sie haben auch in der Frage des Flughafens nicht unser Vertrauen. Sie haben aber jetzt die Möglichkeit, Herr Ministerpräsident, in der Frage des BER Vertrauen zurückzugewinnen, wenn Sie zeigen, dass Sie der Verantwortung für den Aufsichtsrat gerecht werden. Zweifel sind allemal angebracht; aber Sie haben jetzt die Möglichkeit.

Meine Damen und Herren, unsere Region, die deutsche Hauptstadtregion, unser Land Brandenburg ist im Ansehen schwer beschädigt. Es wird nun darum gehen, den Ruf unseres Landes wiederherzustellen. Es geht darum, den Flughafen so schnell wie möglich fertigzustellen und dieses Land weiter wirtschaftlich wachsen zu lassen. Wir als Liberale stehen zu unserer Verantwortung für Brandenburg. Wir stehen für Offenheit, Transparenz und den Willen, dieses Projekt zu Ende zu führen und dieser Region einen funktionierenden Flughafen zu geben. Dieses Festhalten an unseren Haltungen, an unseren Überzeugungen ist in letzter Zeit mit immer neuen Horrorszenarien und -meldungen vom Flughafen schwer geprüft worden. Wir hoffen, dass dies nun ein Ende findet und der Flughafen auf das richtige Gleis - besser: auf die richtige Startbahn - gestellt werden kann und das Fliegen im Nebel beendet wird. Wir brauchen, meine Damen und Herren, eine klare Sicht. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Die Aussprache wird nunmehr mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fortgesetzt. Herr Abgeordneter Görke hat das Wort.

Görke (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger! Wir haben uns hier mit einer außergewöhnlichen Situation zu befassen und nichts, aber auch gar nichts wird besser, wenn wir versuchen, irgendetwas zu relativieren. Wir Brandenburger Politiker - ich bin dem Kollegen Büttner dankbar, dass er sich einbezogen hat - haben jetzt die Verantwortung und die Aufgabe, Fehler aufzuarbeiten, Ursachen und Defizite zu analysieren und vor allem wieder Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, diesen mittlerweile bundesweit verhöhnten Großflughafen endlich ans Netz zu bringen.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist nicht nur die Aufgabe von Matthias Platzeck oder des Aufsichtsrats. Wir stehen gemeinsam mit beiden Gesellschaften, Berlin und Bund, der immerhin 26 % der Anteile hat, in der Pflicht und in der Verantwortung.

Beim Thema BER haben alle Parteien ihre Unschuld verloren: Sie, verehrte Kollegen von der CDU, mit Herrn Wissmann und Herrn Diepgen bei der ehemaligen Standortentscheidung - ich hatte den Eindruck, Herr Kollege Dombrowski, dass Sie unter Vergesslichkeit leiden -

(Dombrowski [CDU]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

oder mit Herrn Junghanns, zehn Jahre im Aufsichtsrat. Dann kommen wir zum Heute mit Ihrer Verantwortung im Bund und Ihren Aufsichtsratsmitgliedern in der Flughafengesellschaft.

Herr Vogel, für Ihre Grünen mit ihrem klaren Votum gegen den Standort Sperenberg und für den internationalen Flughafen in Schönefeld - Sie spielen sich ja häufig als Gralshüter der Anwohnerinteressen auf -, waren damals Vögel, Echsen und Bäume wichtiger

(Frau Alter [SPD]: Genau!)

als das Schutzbedürfnis der Menschen.

(Beifall SPD)

Das muss man hier sagen. Sie hätten in Ihrer siebenjährigen Regierungszeit im Bund das Nachtflugverbot für stadtnahe Flughäfen im Luftfahrtgesetz festlegen können. Dann wäre auch für Schönefeld das Nachtflugverbot planfestgestellt worden.

Und dann Berlin: Herr Vogel, meinen Sie wirklich, wir bekommen das hier in Brandenburg nicht mit? Der Koalitionsbaustein in Berlin zum Flughafen war mit Frau Künast und den Grünen endverhandelt, Ausbau war das Thema.

Sie hatten nur noch ein Problem mit der A 100; hätten Sie sich einigen können, wäre heute nicht Herr Henkel von der CDU,

sondern Frau Künast von den Grünen im Aufsichtsrat. Deshalb war sie gestern bei Herrn Jauch so perplex bei der Frage, was man denn hätte tun müssen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Alle Parteien haben diesen Großflughafen gewollt, haben an der Wiege gestanden und sogar für diesen problematischen Standort plädiert. Einzig wir, die PDS und jetzt die Linke, wollten diesen Großflughafen, das internationale Drehkreuz nicht, und Sie haben uns damals als Neinsager-Partei abgestempelt. Die Linke ist seit November 2009 in rot-roter politischer Verantwortung in dieser Regierung, und das, was vor unserer Regierungsbeteiligung passiert ist - das wissen Sie, Herr Kollege Homeyer -, können wir nicht einfach wegbeschließen.

(Homeyer [CDU]: Ich habe Nein gesagt!)

Nun sind die Entscheidungen zum Flughafen gefallen, Milliarden investiert. Bei Wind und Wetter, bei Frost und Schlamm haben Arbeiter in rollenden Schichten diese Bauten errichtet, und ich möchte ihnen nochmals Dank sagen, dass jetzt die Autobahn steht, der unterirdische Bahnhof fertig ist und der Tower steht. Das Terminal ist nicht ganz einsatzbereit, aber Flugbrücken, Parkhäuser und Startbahnen stehen. Nein, wir wollen als Linke keine Investruine, deshalb ist es unsere vorrangige Aufgabe, die Folgen dieser Standortentscheidung für die Betroffenen so gering wie möglich zu halten.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Die bedauerliche Verschiebung, das neue Zeitfenster muss endlich von der Flughafengesellschaft genutzt werden, um die Häuser und Wohnungen lärmschutzsicher zu machen. In Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung einer ganzen Region und in Verantwortung für das Land, vor allem beim Umgang mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger, muss zügig geklärt werden, wann dieser Flughafen ans Netz kommt und welche Folgewirkungen und finanziellen Belastungen die erneute Verschiebung des Eröffnungstermins nach sich zieht. Die Bürgerinnen und Bürger haben als Steuerzahler ein Recht darauf, diese Frage zügig beantwortet zu bekommen. Deshalb müssen auch alle Fakten so schnell wie möglich auf den Tisch.

Natürlich ist uns klar: In dem Moment, in dem der Ministerpräsident als möglicher neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates zur Wahl steht, richten sich die Blicke verstärkt nach Brandenburg, und ich frage Sie ernsthaft, Herr Kollege Dombrowski: Wer sollte diesen Job denn machen? Der Flughafen Berlin Brandenburg in Schönefeld befindet sich in unserem Land. Wir sind es den Menschen in Brandenburg und den betroffenen Anwohnern schuldig, diese verstärkte Verantwortung wahrzunehmen. Aber vielleicht haben Sie, Herr Dombrowski, den Ernst der Stunde nicht verstanden. Zumindest lassen Ihre Appelle, aber auch die Briefe, die Sie letzte Woche verschickt haben, die Abgeordneten dieses Parlaments darauf schließen.

Sie und Ihre Fraktionskollegen - das ist mein Eindruck, auch aus der heutigen Sitzung - wollen den BER als Wahlkampfkeule

gegen Rot-Rot nutzen und damit auch noch die eine oder andere offene Rechnung mit Matthias Platzeck begleichen.

(Frau Lehmann [SPD]: Das ist ja der Hammer!)

Selbst Verkehrsminister Ramsauer, der nun wirklich kein Freund der Linken ist, kam gestern in der - ich tue das wirklich nicht gern - „Bild am Sonntag“ über seine SOKO zu der Einschätzung, dass der Aufsichtsrat zum Flughafenmanagement fehlerhaft und nicht umfassend informiert wurde. Das sagen alle Aufsichtsratsmitglieder, auch Matthias Platzeck. Herr Dombrowski, Sie sind politisch erfahren genug, um zu wissen, dass das Gelingen dieses Projektes kein parteipolitisches Hickhack trägt,

(Dombrowski [CDU]: Richtig!)

und mit Briefeschreiben, Herr Kollege Dombrowski, haben Sie insgesamt ohnehin kein glückliches Händchen.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD)

Dazu fällt mir der peinliche und unterwürfige Brief an George W. Bush ein, in dem Sie sich geschämt haben, dass wir nicht in den Krieg gezogen sind.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE und SPD)

Diejenigen, die nach Ihrem Willen - Sie haben ja regelrecht gefleht - den Ministerpräsidenten nicht in den Aufsichtsrat wählen sollen, sind wahrlich nicht dafür geeignet, dies durchzuführen. Ich dachte, das spricht mal einer an. Am 28. Dezember 2012 meldete „DER SPIEGEL“, der Regierungsflughafen werde nicht fertig. Eigentlich sollte der Grundstein schon 2011 gelegt werden, jetzt 2016. Planungsmängel, Verdoppelung der Kosten auf 311 Millionen Euro - verantwortlich war allein wer? Die Bundesregierung. Also, bleiben Sie uns doch bitte mit Ihrer belehrenden Art vom Leib!

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren von der CDU-Opposition - ich sage jetzt CDU-Opposition, denn ich möchte an dieser Stelle einmal nicht die FDP kritisieren; wir haben bis hin zu den Fragen Lärmschutz und Nachtruhe grundsätzlich eine andere Auffassung als die FDP, aber ich habe Differenzierungen in der Opposition gehört -, es war bei der CDU unüberhörbar und unübersehbar: Es geht Ihnen überhaupt nicht darum, Stärken zu bündeln und einen gesellschaftlichen Konsens für den Betrieb in Schönefeld zu schaffen. Sie sind in der letzten Zeit - in den letzten Monaten und fast schon von Anfang an - keine konstruktive Opposition mehr. Das wird sich rächen, und die Umfragen belegen dies auch.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Tatsächlich ist es so, dass zwar alle auf den Aufsichtsrat schauen, ansonsten wird aber nicht tiefgründig nach Verantwortlichkeiten gefragt. Ich bin dem Kollegen Büttner dankbar, dass er die ambitionierte Brandschutzanlage thematisiert hat. Wer hat sie

sich denn ausgedacht? Wer hat die 64 km Kühlleitung nicht isoliert? Oder wer war es, der wider Planung und Baurecht gebaut hat? Und wer hat die Fehler hinter Quadratkilometern Beton- und Rigipsplatten versteckt?

(Frau Lehmann [SPD]: Ramsauer!)

Klar, Matthias Platzeck mit Kolonnen von Staatskanzleimitarbeitern aus Brandenburg, beim Subbotnik etwa.

(Beifall DIE LINKE - Heiterkeit SPD)

Wo war denn ein kritisches Wort von Ihnen, Herr Dombrowski, zu den bauausführenden Firmen, zu Bosch und Siemens und zur Verantwortung der Geschäftsführung? Es gab keines.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ja, meine Damen und Herren, zur politischen Verantwortung gehört, dass Politiker für Fehler geradestehen, die entstanden sind, weil sie anderen vertraut haben, denen sie - noch dazu in einem komplexen Gefüge - vertrauen mussten. Alle haben Grund, Lehren zu ziehen. Wenigstens das sollte uns in Opposition und Koalition noch einen. Vor uns steht nun die gemeinsame Aufgabe, kritisch zu hinterfragen und auszuwerten, warum Fehler und Defizite in diesem Maße auftreten konnten. Die Linke will auf zwei Aspekte eingehen.

Erstens. Was passiert in einem Vergabeverfahren? Die Anbieter mit dem preiswertesten Angebot erhalten den Zuschlag. Das Bauvorhaben scheint somit für die öffentlichen Haushalte - ob nun in der Kommune, im Bund oder im Land - kostengünstig zu sein.

Ist der Zuschlag aber erteilt, kommen in der Bauphase und danach Kosten zum Vorschein, die vorher - das ist meine persönliche Bemerkung - trickreich herausgerechnet wurden. So wurden und werden Vorhaben bis zu 40 % teurer. Hier können und sollten wir wirklich vom privaten Sektor lernen, das wirtschaftlichste und vor allem das nachhaltigste Angebot auszuwählen.

Eine zweite Erfahrung: Meine Partei - das haben wir in der Opposition damals, als Schwarz-Rot regiert hat, auch unterstützt - steht für kleine Losgrößen, auch am BER, weil Arbeit und Einkommen in der Region bleiben sollen. Bei einem Großprojekt brauchen diese aber die Form von Arbeitsgemeinschaften, außerdem brauchen sie potente Partner, ein professionelles Management sowie einige Zusammenarbeit und Kontrolle. Das ist unzureichend gelungen, das müssen wir so feststellen.

Natürlich müssen wir die Karten offenlegen: Das Flughafenprojekt wird mit weiteren Belastungen für die öffentliche Hand verbunden sein, die wir nicht eingeplant hatten und nicht voraussehen konnten. Das Wort Nachtragshaushalt machte schon die Runde; möglicherweise kommen wir nicht darum herum. Aber es ist offen. Wir werden, wenn es zu einem Nachtragshaushalt kommt, unserem Prinzip treu bleiben, die Mehraufwendungen für den Flughafen nicht zulasten der anderen Politikfelder gehen zu lassen. Herr Dombrowski, es war ein peinlicher Versuch - wie schon bei der Haushaltsberatung -, die 440 Millionen Euro, die wir bereitgestellt haben - davon sind 220 Millionen für den Schallschutz - gegen Lehrer und gegen Straßen aufzurechnen. Das ist unseriös und bezeichnend für Ihre Art.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Zur Wahrheit gehört auch, dass es durch das solide Arbeiten dieser Regierung und vor allem dieses linken Finanzministers gelungen ist, dass wir im Jahr 2011, obwohl wir 440 Millionen Euro Kredit hätten aufnehmen können, eine Null und einen Überschuss erreicht haben; und wenn ich es richtig verstanden habe, haben wir für das Jahr 2012 ebenfalls einen positiven Abschluss hinbekommen und werden eine schwarze Zahl schreiben.

(Zuruf von der CDU)

Dadurch ist es gelungen, Rücklagen zu bilden: 375 Millionen Euro. Also, meine Damen und Herren, zumindest die Brandenburger Seite ist für Risiken, auch für das Risiko BER, gewappnet.

(Frau Wöllert [DIE LINKE]: Das ist auch gut so!)

Was ich nicht verstehen und schon gar nicht billigen kann, ist der Wettlauf nach höheren Zahlen.

Glauben Sie ernsthaft - Sie haben es vorhin schon deutlich gemacht, Herr Dombrowski -, dass Ihr politisches Gewicht mit der Höhe der Panikzahlen wächst, die Sie hier in Umlauf bringen? Hilft es irgendjemandem, wenn Sie die Zahlen eines Worst-case-Szenarios der Zeitung mit den vier Buchstaben noch verdoppeln und in Umlauf bringen? Das hilft niemandem. So schaffen wir bestimmt kein Vertrauen in die Perspektive des BER, und im Moment kann niemand beziffern, was auf uns zukommt. Umso wichtiger ist eine gewissenhafte, umfassende fachliche Prüfung der Lage - und das nicht hektisch, aber zügig.

(Zuruf von der CDU)

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir als Fraktion die Entscheidung des Finanzministers außerordentlich, die bedingungslose und pauschale Auszahlung von Geldern in Höhe von 120 Millionen Euro an die FBB vorerst zu stoppen - das Lärmschutzprogramm ausgenommen.

Erst wenn wir wissen, wann die Eröffnung des Flughafens realistisch ist und was bis dahin zu leisten ist, werden wir seriös schätzen können, was wir - und damit bedauerlicherweise der Steuerzahler - noch zu leisten haben. Klar ist: Eine Insolvenz des Flughafens ist überhaupt keine Option. Im Gegenteil, sie würde für Brandenburg und Berlin jeweils 888 Millionen und für den Bund 600 Millionen Euro bedeuten, und den notwendigen Flughafen hätten wir dann immer noch nicht.

Nach allen Erfahrungen werden wir jetzt nicht nur zweimal hinsehen, wenn wir einen Euro an die FBB geben, sondern drei- oder viermal. Unser Finanzminister hat, wie bereits erwähnt, eindeutig gezeigt, was das bedeutet. Niemand sollte davon ausgehen, dass die öffentliche Hand unendlich gemolken werden kann. Es gibt Grenzen. Eine Grenze haben wir uns selbst gesetzt: Ab 2014 nimmt Brandenburg planmäßig keine neuen Kredite mehr auf. Eine andere Grenze könnte durch die EU-Kommission gesetzt werden, indem weitere Beihilfen überhaupt nicht oder nur unter Auflagen bewilligt werden. Die Befürchtung steht im Raum, dass Brüssel auf diesem Weg möglicherweise sogar die Privatisierung oder Teile der Privatisierung der FBB anstrebt. Die Linke ist keine Freundin der Privatisierung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Bekanntlich ist aber auch beim BER schon zweimal eine Privatisierung fehlgeschlagen. Wir werden deshalb alles daransetzen, dass der

Finanzrahmen so gestaltet wird, dass wir um Privatisierungsaufgaben herumkommen.

Meine Damen und Herren, es ist völlig richtig: Das Projekt BER ist von der alten Geschäftsführung an die Wand gefahren worden. Es braucht jetzt in jeder Hinsicht einen konsequenten Neustart. Der Ministerpräsident sieht das genauso. Er hat uns bereits die Grundzüge dieses Neustarts erläutert. Ich möchte nur darlegen, was aus unserer Sicht, aus Sicht der Linken, zu diesem Neustart gehört. Zu Kosten und Fragen der Finanzierung habe ich mich eben geäußert.

Erstens. Die Linke erwartet mehr Transparenz und Berechenbarkeit. Dieses Großprojekt muss ab Mittwoch ehrlicher gemacht werden und benötigt vor allem Akzeptanz in der Flughafenregion. Dazu gehört einerseits ein Mehr an Nachtruhe; deshalb begrüße ich die betreffende Passage in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten außerordentlich.

(Beifall DIE LINKE)

Zum anderen müssen wir die Zeit bis zur Eröffnung des Flughafens nutzen, um den Schallschutz - dafür stehen mehrere Hundert Millionen Euro zur Verfügung - vor Ort zu realisieren. Und dass das jetzt Chefsache ist, ist heute noch einmal dokumentiert worden.

Damit der Neustart nicht nur eine Ankündigung bleibt, muss zweitens eine geeignete Geschäftsführung berufen und konstituiert werden. Das heißt aus unserer Sicht: Es braucht neues, geeignetes Personal und zugleich geeignete Strukturen, in denen dieses arbeitet. Auch diese Aussagen wurden heute getroffen. Jetzt muss Schluss sein mit dem Nebeneinander, teilweise dem Gegeneinander von Geschäftsführern. Wir brauchen eine klare Spitze in der Geschäftsführung, eine Führungspersönlichkeit, die die Fachleute, auch externe, zusammenführt und starkmacht. Sie muss entscheidungsstark, aber auch entscheidungsbefugt sein. Sie muss nach außen, gegenüber den Umlandgemeinden, den Anwohnerinnen und Anwohnern, den Bürgerinitiativen, Fluggesellschaften und Interessenverbänden und vor allem gegenüber dem Parlament dialogfähig und dialogwillig sein. Das haben wir bei Prof. Schwarz immer vermisst.

Drittens. Für die Einzelhandelseinrichtungen und deren Beschäftigte, die ihre Planungen und Investitionen auf den nunmehr neu verschobenen Eröffnungstermin ausgerichtet haben und nun in ihrer Existenz bedroht sind, muss schnelle und unbürokratische Hilfe geleistet werden.

Viertens erwartet unsere Fraktion, dass unverzüglich ein Beweisungsverfahren eingeleitet wird, auf dessen Basis festgestellt wird, wer für den Zustand des Baus verantwortlich zeichnet und wer diesen Pfusch am Bau zu verantworten hat und dafür in Regress zu nehmen ist. Das Bauen ohne Baugenehmigung muss strafrechtliche Verantwortung nach sich ziehen.

(Beifall DIE LINKE)

Fünftens. Für die Dauer bis zur BER-Eröffnung müssen die beiden Flughäfen Tegel und Schönefeld-Alt stabilisiert und ertüchtigt werden. Auch hierzu sind heute die entsprechenden Aussagen durch den Ministerpräsidenten getätigt worden.

Sechstens. Wir brauchen einen belastbaren Konsens in der Schicksalsfrage dieses Bauwerks. Der BER muss technisch fertiggestellt und notfalls auch umgebaut werden, damit dieser Flughafen baldmöglichst betriebs- und planungssicher sowie effizient seinen Dienst aufnehmen kann. Das mag banal klingen, aber in Anbetracht des Verlaufs der heutigen Debatte bin ich mir nicht so sicher, dass in diesem Haus dieser Konsens wirklich ohne Wenn und Aber von allen akzeptiert wird.

Siebtens, zum Sonderausschuss - Herr Kollege Büttner, das ist kein Plagiatsvorwurf, aber Sie wissen, wie es im Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft war: Frau Wehlan hat diesen Ansatz formuliert. Ich habe auch gesehen, dass die FDP sofort Sympathie zeigte, und deshalb ist es auch gut, dass wir heute als Koalitionsfraktion mit Ihnen gemeinsam diesen Sonderausschuss als geeignetes Mittel auf den Weg bringen, das Projekt nach vorn zu begleiten und nicht nur die Nabelschau nach hinten in den Vordergrund zu stellen, was wahrscheinlich einige Fraktionen machen werden. Wir wollen diesen Ausschuss benutzen, um die Karre aus dem Dreck zu ziehen und den BER ans Netz zu bringen.

(Beifall DIE LINKE und der Abgeordneten Holzschuher und Bischoff [SPD])

Für meine Fraktion kann ich sagen: Ja, das wollen wir. Wir wollen, dass der BER vernünftig in den Dienst geht. Darauf bin ich bereits eingegangen und ich wiederhole es gern: Wir wollen das, obwohl wir uns früher in der Standortfrage anders artikuliert und festgelegt hatten und weniger Flugverkehr wollten. Aber wir finden das Prinzip nach wie vor richtig, für das wir damals standen. Wir wollen aus Respekt vor den inzwischen aufgewendeten Ressourcen keine Investruine. Deshalb können wir auch nicht nachvollziehen - das will ich deutlich sagen -, dass einige Vertreter - nicht alle - des Volksbegehrens eine Verlagerung und den Bau eines neuen Flughafens außerhalb der Hauptstadtregion - aber da beginnt die Grenze schon in einem noch zum Land gehörenden Landkreis - ins Spiel bringen. Ich halte das für unverantwortlich.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits eingangs gesagt, wir Brandenburger haben eine besondere Verantwortung für das Gelingen des Vorhabens BER. Die Debatte zeigt, dass es nicht allen leichtfällt, sich dieser Verantwortung zu stellen. Aber man kann in diesem überschaubaren Land auch nicht so einfach entweichen, Herr Domrowski, und das ist auch gut so.

Deshalb will ich zum Abschluss einen ernsten Appell an den Bund richten. Herr Ramsauer, Herr Schäuble, dieser Flughafen ist ein gemeinsames Projekt von Ihnen und uns.

(Beifall der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Auch für Sie gilt: Der BER ist kein Wahlkampfinstrument. Hören Sie damit auf, an der Seite zu stehen. Beenden Sie endlich die Distanz zu diesem Vorhaben und verstehen Sie sich nicht als möglichen Sachwalter einer Konkurrenz von München. Übernehmen Sie Verantwortung! Matthias Platzeck wird diese neue Führungsstruktur schaffen. Tragen Sie darin Verantwortung, sonst wird das Projekt scheitern!

Meine Damen und Herren, meine Fraktion vertraut Matthias Platzeck als Ministerpräsidenten unseres Landes und künftigen Aufsichtsratsvorsitzenden. Wir werben bei den Brandenburgerinnen und Brandenburgern sowie bei den Partnerinnen und Partnern des Flughafenprojektes für Vertrauen. Nur so hat das Projekt BER eine Chance. - Vielen Dank.

(Frau Lehmann [SPD]: Sehr gut! - Beifall DIE LINKE, SPD und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Görke. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort. Herr Abgeordneter Vogel erhält das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Regierungserklärung „Vertrauen zurückgewinnen - Glaubwürdigkeit beweisen“ vom 21. Mai 2012 lautet die heutige Losung von Rot-Rot: „Den Flughafen Berlin Brandenburg Willy Brandt betriebsbereit machen - Neues Vertrauen in den BER schaffen!“.

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig wiedergegeben!)

Zugleich bittet der Ministerpräsident, ihm aufgrund des aktuellen politischen Geschehens im Zusammenhang mit dem Flughafen Berlin Brandenburg und seiner Absicht, den Vorsitz im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft zu übernehmen, nach Artikel 87 der Verfassung des Landes Brandenburg das Vertrauen auszusprechen. Vertrauen in den BER und Vertrauen in den Ministerpräsidenten verschmelzen so zu einem Tagesordnungspunkt - welche Symbolik.

Nach Artikel 95 unserer Landesverfassung darf kein Mitglied der Regierung einem auf wirtschaftliche Betätigung gerichteten Unternehmen oder einem seiner Organe angehören. Über Ausnahmen entscheidet der Landtag. Insofern hätte nichts dagegen gesprochen, wenn sich der Ministerpräsident für die Kandidatur als Aufsichtsratsvorsitzender zuvor die Zustimmung dieses Landtages eingeholt hätte. Dabei hätte er dann auch feststellen können, inwieweit ihm die Mehrheit des Landtages die Erfüllung dieser Aufgaben zutraut. Warum der Ministerpräsident allerdings glaubt, diese doch recht übersichtliche Entscheidung mit der Vertrauensfrage nach Artikel 87 verbinden zu sollen, erschließt sich zunächst nicht.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Nach dem Kommentar von Lieber/Iwers/Ernst zur Landesverfassung ist in Auslegung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für das Stellen der Vertrauensfrage eine Lage der Instabilität als ungeschriebenes Tatmerkmal zwingende Voraussetzung:

„Danach darf der Ministerpräsident den Vertrauensantrag nur stellen, wenn es politisch für ihn nicht mehr gewährleistet ist, mit den im Landtag bestehenden Kräfteverhältnissen weiter zu regieren. Die politischen Kräfteverhältnisse im Landtag müssen seine Handlungsfähigkeit so beeinträchtigen oder lähmen, dass er eine vom stetigen

Vertrauen der Mehrheit getragene Politik nicht sinnvoll zu verfolgen vermag.“

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Lage der Instabilität im Landtag, politische Kräfteverhältnisse im Landtag am Kippen oder gar schon gekippt - ist mir da irgendetwas entgangen? Hat die Linke die Koalitionsfrage gestellt?

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Hat Frau Wehlan ihr eigenes politisches Schicksal mit einem konsequenten Nachtflugverbot verbunden? Hat Finanzminister Markov dem Aufsichtsratsmitglied Platzeck mitgeteilt, dass er lieber den Flughafen insolvent gehen lässt, als den verlorenen Millionen noch einige mehr hinterherzuschmeißen? Hatte zuvor der Koalitionsausschuss getagt? Hatte der Ministerpräsident die Verschiebung des Eröffnungstermins und neue unabsehbare Mehrausgaben seinen Regierungsfractionen mitgeteilt? War er dort auf entschiedenen Widerstand gestoßen, was ich als verfassungsrechtlich gebotenes Mindestmaß für das Auslösen einer Vertrauensfrage ansehen würde? - Keine Rede. Stattdessen haben wir es hier mit der Folgeerscheinung klassischer Hinterzimmer-Absprachen in trauter Männerrunde zu tun.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Nach der offiziellen Erklärung des Regierungssprechers am 07.01.2013 entschied er dies nach einer Sitzung der Spitzen der Flughafengesellschaft im Roten Rathaus zu Berlin und damit offenkundig im Alleingang ohne Rückkoppelung mit den Koalitionsmitgliedern. Insofern ist diese Vertrauensfrage für mich die Inszenierung eines Politikspektakels, dessen Ergebnis von vornherein feststeht. Das nenne ich in der Tat Verfassungsverstoß.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Dabei wäre es - wie wir heute wissen - für Matthias Platzeck vermutlich vernünftiger gewesen, zunächst bei Bundesfinanzminister Schäuble die Vertrauensfrage zu stellen, ehe er seine bevorstehende Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden einer privatrechtlichen GmbH auf dem Kopfbogen des Landes durch den Regierungssprecher verkünden ließ.

(Beifall GRÜNE/B90 - Frau Alter [SPD]: Was ist Ihre Meinung zum Flughafen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was wir am Montag im RBB sehen konnten, war ein kreidebleicher Ministerpräsident,

(Die Abgeordnete Alter [SPD] lacht.)

der zum dritten Mal in Folge in einer für ihn zugegebenermaßen unschönen Situation

(Frau Alter [SPD]: Dann war er gut geschminkt! - Frau Lehmann [SPD]: Dann gucken Sie mal, wie Sie aussehen!)

eine Verschiebung des Eröffnungstermins des Flughafens BER mit verlautbaren durfte. Die Verschiebung des Flughafentermins war zu diesem Zeitpunkt schon keine Neuigkeit mehr. Wie üblich hatten wir die Hiobsbotschaft zuvor aus den Medien erfahren.

Dass der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Wowereit von seinem Posten zurücktrat, war die Botschaft des Tages. Dabei hätte man es auch bewenden lassen können. Doch dann kam das Wort von der Verknüpfung des politischen Schicksals mit dem Erfolg des Flughafens. Ich denke, Matthias Platzeck muss hier nicht so tun, als übernehme er erst jetzt Verantwortung für weiß Gott was, und muss sich auch nicht von Herrn Holzschuher als Held dafür feiern lassen; denn als Ministerpräsident hat er diese Verantwortung ohnehin. Zudem ist seine politische Zukunft bei dem sich abzeichnenden Eröffnungstermin jenseits des Wahltages 2014 sowieso mit dem BER verknüpft. Was soll also die Aussage „entweder das Ding fliegt oder ich fliege“ bedeuten? Was soll es bedeuten, dass seine Zukunft am Erfolg des Flughafens hängt, wenn er nicht benennt, woran Scheitern oder Erfolg festgemacht wird?

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Ist ein Eröffnungstermin 2015, 2016 oder 2017 noch ein Erfolg? Wären 6, 7, 8 oder erst 10 Milliarden Euro Gesamtkosten als Beleg für ein Scheitern zu werten?

(Frau Muhß [SPD]: Oh!)

Keine Aussage. Damit ist aber die ganze Verknüpfung von politischem Schicksal und Erfolg des Flughafens reine Rhetorik - eine Luftnummer.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie FDP)

Welcher Teufel unseren Ministerpräsidenten zudem ritt, die Übernahme des Aufsichtsratsvorsitzenden als feststehende Tatsache zu verknüpfen, erschließt sich uns auch nicht. Mit der vorschnellen Ankündigung, es sei bereits entschieden, dass er Wowereit an der Spitze des Aufsichtsrats ablösen soll, legt er als sozialdemokratischer Ministerpräsident die Beurteilung seiner Eignung als Aufsichtsratsvorsitzender sowie seine politische Reputation ausgerechnet in einem Wahljahr in die Hände von zwei Bundesministern einer schwarz-gelben Bundesregierung. Da scheint ihm sein politischer Instinkt abhandengekommen zu sein.

Ich sage: Die Folgen dieser im ersten Anlauf fehlgeschlagenen Absprachen unter Männern betreffen uns alle; denn Matthias Platzeck wird für das nun mit Verzögerung erfolgende Absegnen seiner Vorstandsambitionen durch den Bund auch einen politischen Preis bezahlen müssen.

(Zurufe von der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohn, Spott und Häme für die sich seit Mitte November abzeichnende und anscheinend nur für Platzeck aus heiterem Himmel kommende fünfte Verschiebung waren zu erwarten gewesen. Dass man aber mit dem angekündigten Tausch im Aufsichtsratsvorsitz die politische Führung von Berlin und Brandenburg zusätzlich bundesweit zum Gespött macht, lässt nur noch an einen Akt der Verzweiflung denken; denn Wowereit und Platzeck agieren wie zwei Schelme, die in der Straßenbahn nach der Kontrolle des

Ersten vor den Augen des Kontrolleurs die Jacke tauschen und denken, dieser merke nicht, dass zweimal dasselbe Ticket aus der Jackentasche gezogen wird.

(Heiterkeit und Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie FDP)

Schließlich unterscheidet sich die Verantwortung vom Aufsichtsratsvorsitzenden und seinem Stellvertreter lediglich in Nuancen. Vor allem war es doch gerade Matthias Platzeck, der nicht müde wurde, zu betonen, dass alle Entscheidungen im Aufsichtsrat einstimmig getroffen wurden.

(Senfleben [CDU]: Einvernehmlich!)

Es war auch Matthias Platzeck, der mit dem Festhalten an Herrn Schwarz einen Großteil der Verantwortung dafür trägt, dass wir heute weiterhin mit einem funktionsuntüchtigen Flughafen, einer erneuten Terminverschiebung und absehbaren Forderungen nach neuen Millionen aus der Staatskasse konfrontiert sind.

(Frau Stark [SPD]: Schön, dass Sie alles wissen!)

Wenn jetzt zum wiederholten Male von Verantwortungsübernahme die Rede ist, darf man daran erinnern, dass gerade Matthias Platzeck - im Gegensatz zu seiner gegenwärtigen Verantwortungsrhetorik - das eine ums andere Mal im Hauptausschuss des Landtages begründete, warum der Aufsichtsrat aufgrund der Gesetzeslage eigentlich für fast gar nichts Verantwortung trage und der bisherige Geschäftsführer Schwarz aufgrund seiner eingeschränkten Zuständigkeit sowieso an allem unschuldig sei. Man hatte zunehmend den Eindruck, dass Herr Schwarz irgendein Zwischending zwischen Pressesprecher und Datenschutzbeauftragter sei,

(Heiterkeit und Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie FDP)

allerdings mit einem Fixum von mehr als 300 000 Euro ausgesprochen gut bezahlt.

Dabei war es nach den ersten beiden Verschiebungen - als er Matthias Platzeck und Klaus Wowereit wie zwei dumme Jungs aussehen ließ - meines Erachtens bereits erkennbar, dass er nur noch als Opfer für den jetzt eingetretenen Fall vorrätig gehalten wurde. Erst jetzt, wo er geopfert werden soll, fällt den Verantwortlichen im Aufsichtsrat vorgeblich auf, dass sie von Schwarz schon seit längerem getäuscht wurden. Welche Verrenkungen Platzeck und sein Sekundant Holzschuher allerdings aktuell machen, um den Eindruck hervorzurufen, dass die Verantwortung im Aufsichtsrat erst beim Vorsitz beginnt, verblüfft.

(Heiterkeit und Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie des Abgeordneten Lipsdorf [FDP])

Dass Holzschuher - der erste Mann der größten Landtagsfraktion - am 08.01. befand, dass Platzeck als stellvertretender Vorsitzender allenfalls ab und zu die Sitzung leiten, aber kaum Einfluss nehmen konnte, jetzt aber Berichte anfordern und für Transparenz sorgen könne, muss uns doch alle verwundern. Davon abgesehen, dass jedes Aufsichtsratsmitglied Berichte anfordern kann, hätte es mitunter schon gereicht, die vorgelegten Aufsichtsratsunterlagen auch einmal zu studieren und nicht nur die Ampeln anzugucken.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Es hätte immer die Möglichkeit gegeben, abweichende Auffassungen zu Protokoll zu geben

(Frau Lehmann [SPD]: Das ist wie bei Ihnen mit dem Schatzmeister! Das Gleiche! Ich sage nur: Schatzmeister!)

oder durch Stimmverhalten im Aufsichtsrat zu verdeutlichen. Wenn Herr Holzschuher jetzt den Eindruck erwecken will, dass das Alphanter Wowerit den Laden quasi im Alleingang gegen die Wand gefahren hat, dann fragt man sich, welche beschämende Beschreibung unseres Ministerpräsidenten damit verbunden ist.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Wie unser Ministerpräsident ausgerechnet nach einer Hinterzimmer-Verabredung, über deren genauen Inhalt bezüglich der künftigen Aufsichtsratsbesetzung sich die Beteiligten bis heute nicht geeinigt haben, den Begriff „Transparenz“ neu entdeckt und in den Mittelpunkt seines künftigen Wirkens stellen will, macht sprachlos.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Während die Bundesregierung ganz selbstverständlich allen Fachabgeordneten die Controlling-Berichte und Gesellschafter-Protokolle zur Verfügung stellt, sieht die Landesregierung immer gleich die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens gefährdet und schützt Geschäftsgeheimnisse vor.

(Beifall GRÜNE/B90 sowie des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Da trifft es sich gut, dass ich heute eine vierseitige Begründung der Staatskanzlei in meinem Büro vorgefunden habe, in der mir mitgeteilt wird, aus welchen Gründen mir Unterlagen erneut nicht zur Verfügung gestellt werden können.

(Heiterkeit und Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Können wir das Lob für die Londoner Olympiaanlagen so interpretieren, dass nun auch unser Ministerpräsident alle Unterlagen uneingeschränkt ins Internet stellen will? - Ich glaube, das wird wohl so nicht kommen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Nur durch solche Nicht-Informationen scheint es erklärlich, dass Herr Holzschuher noch vor einem halben Jahr meinte, am Flughafen müsse man nur noch Staub wischen, ansonsten sei er betriebsbereit.

(Heiterkeit und Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Ich möchte jetzt jedoch nicht die bisherige Geheimniskrämerei überstrapazieren. Vielmehr sollten wir einfach das letzte Wochenende betrachten

(Bischoff [SPD]: Das ist CDU-Niveau! - Frau Lehmann [SPD]: Comedy! Da passen Sie hin!)

sowie den Umgang mit der Information, dass der Eröffnungstermin des Flughafens erneut verschoben werden soll. Am 04.01.2013 ging demnach der Brief von Herrn Amann in der Staatskanzlei ein. Am 05.01.2013 lässt das Aufsichtsratsmit-

glied Markov auf dem Neujahrsempfang der Falkenseer Linken allen Ernstes verlauten, gewisse Kreise würden zu Überreaktionen neigen und schon skandalisieren, wenn zum Eröffnungstermin die Toilettenbrillen nicht rechtzeitig montiert seien.

(Heiterkeit bei der CDU - Genilke [CDU]: Sind die noch nicht fertig?)

Hatte das Aufsichtsratsmitglied Markov von der seit dem 18.12.2012 im Raum stehenden und am 04.01.2013 übermittelten Verschiebung des Eröffnungstermins wirklich keine Ahnung oder machte er sich besseren Wissens lächerlich?

Ich frage mich: Wie steht es um das von Matthias Platzeck bereits am 21. Mai 2012 verkündete Gelöbnis einer verbesserten Steuerung und Kontrolle, wenn nicht einmal in seiner eigenen Regierung die Informationskanäle funktionieren?

(Frau Alter [SPD]: Hauptsache ist, Sie haben Ihre Partei voll im Griff!)

Wieso sollen wir ihm glauben, dass er jetzt in der Lage ist, die Geschicke des Flughafens besser zu steuern als in der Vergangenheit? Monatelang haben wir Grüne gemeinsam mit der CDU ihn hier im Landtag gebeten, endlich den Weg für eine Neubesetzung des Aufsichtsrates mit Fachkompetenz freizumachen.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Monatelang haben wir uns anhören dürfen, dass diese im Aufsichtsrat gewährleistet sei. Wie diese Fachkompetenz aussieht, konnte mein Berliner Kollege Andreas Otto im Verkehrsausschuss des Abgeordnetenhauses im Mai 2012 von Wowerit erfahren. Auf die Frage, ob im Aufsichtsrat jemand dabei sei, der ein solches Projekt schon einmal begleitet habe, antwortete Wowerit, eine solche Person gebe es nicht, aber der Finanzminister aus Brandenburg, Markov, sei Elektriker, und der Kollege Platzeck habe auch eine ingenieurtechnische Ausbildung.

(Heiterkeit CDU)

Es lässt tief blicken, dass die beiden von den Gesellschaftern Berlin und Brandenburg bislang in den Aufsichtsrat entsandten Nicht-Politiker, ein Gastronom und ein Vertreter der im Versenken von Millionen geübten Hausbank von Herrn Hilpert, die wiederum im Eigentum der im Versenken von Milliarden geübten bayerischen Landesbank steht, nun als Erste genannt werden, wenn es um die Benennung derjenigen geht, die ihre Plätze im Aufsichtsrat für Fachkompetenz räumen sollen.

Nach seiner heutigen Erklärung scheinen Markov und Christofers weiter im Aufsichtsrat zu bleiben. Was allerdings inzwischen an Qualifikation bei unserem Ministerpräsidenten neu hinzugekommen sein soll, erschließt sich uns nicht. Wenn nun in einigen Medien seine Erfahrungen als Deichgraf während der Oder-Flut überstrapaziert werden, dann ist zu sagen: Damals war Platzeck ein hervorragender Umweltminister. Inzwischen ist jedoch viel Zeit ins Land gegangen, unter anderem auch die Jahre 2008 und 2009, als Platzeck als Mitglied des Verwaltungsrates der KfW einen Verlust in Höhe von 2,7 Milliarden Euro nach den Spekulationen der IKB mitverantworten durfte.

(Frau Lehmann [SPD]: Wie tief sind Sie nur gesunken?)

Dies sind weitere Erfahrungen, die gemeinsam mit seinem bisherigen Versagen im FBB-Aufsichtsrat Anlass genug sein müssten, endlich den Weg für Fachleute freizumachen.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU - Bischoff [SPD]: Aus dem Rotlichtmilieu!)

Das Richtige wäre jetzt - so, wie es fast alle DAX- und M-DAX-Unternehmen tun -, einen Nominierungsausschuss einzurichten - in Anlehnung an die in diesem Jahr in Kraft getretene Kapitaladäquanzrichtlinie der Europäischen Union -, der geeignete Kandidaten sucht. Dabei hätte dieser Ausschuss die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Mitglieder des jeweiligen Organs zu berücksichtigen und auf dieser Basis eine Stellenbeschreibung mit Bewerberprofil unter Angabe des mit der Aufgabe verbundenen Zeitaufwandes zu erstellen. Das wäre ein Anfang. Dies würde jedoch angesichts des benötigten Zeitumfangs, der für einen Aufsichtsratsvorsitzenden in der Fachliteratur mit zwei bis drei Tagen pro Woche angegeben wird, die Berufung eines Ministerpräsidenten an die Spitze des FBB-Aufsichtsrats ausschließen.

Während die Literatur eindringlich dazu rät, geeignete Persönlichkeiten - das schließt den Vorsitzenden mit ein - systematisch entlang formaler Kriterien und vor allem jenseits des eigenen Netzwerks zu suchen, ist zu befürchten, dass hier wieder einmal Nachbesetzungen auf einzelne Posten politisch ausgehandelt werden, anstatt einen Befreiungsschlag vorzunehmen.

An Herrn Büttner und all diejenigen gewandt, die hier erklären, dass man die Pferde nicht im Galopp wechseln darf: Die Kutsche steht seit sieben Monaten still, und sie wird auf unabsehbare Zeit weiter stillstehen.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Spätestens am Mittwoch werden wir nach der Aufsichtsratssitzung offiziell davon erfahren, dass der Murks so nicht abgenommen werden kann. Wir werden erfahren, dass erst einmal vertiefend geprüft werden muss, ob ein vollständiger Umbau auf den Genehmigungszustand unumgänglich ist. Daher wird auf absehbare Zeit weder eine zeitnahe Benennung eines neuen Inbetriebnahmetermins

(Frau Lehmann [SPD]: Das hätten Sie gern!)

noch eine Neubewertung der Projektkosten oder eine Schätzung der verschiebungsbedingten Mehrkosten möglich sein. Die Kutsche steht also still. Wann, wenn nicht jetzt, will man versuchen, einen funktionstüchtigen Aufsichtsrat und Vorstand einzusetzen?

(Beifall GRÜNE/B90, CDU sowie des Abgeordneten Goetz [FDP])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass wir Bündnisgrünen seit Jahren in vielen Punkten massive Kritik an der Politik der Landesregierung üben -

(Frau Alter [SPD]: Ja, ja!)

seien es das umweltpolitisch verheerende Festhalten an der Braunkohleverstromung in der Lausitz und damit drohende neue Tagebau oder seien es die auch durch die Flughafenkosten bedingten Rückstände bei einer adäquaten Finanzierung unserer Schulen und der Brandenburger Hochschullandschaft. In vielen dieser Politikfelder werden von der Regierung Entscheidungen getroffen, die wir als Schaden für unser Bundesland und zum Teil auch als bundes- und europaweit schädlich empfinden. Dennoch haben wir eine solche, in unseren Augen verfehlte Politik nie als Grund dafür genommen, einen Rücktritt des Ministerpräsidenten zu fordern.

(Bischoff [SPD]: Ach!)

Eine solche Politik müssen Politiker vor der Bevölkerung verantworten, die es dann bei Wahlen in der Hand haben, sie zu belohnen oder zu bestrafen.

Ich bin auch nicht der Auffassung, dass jeder Fehler im nachgeordneten Bereich den Rücktritt eines Ministers oder gar eines Ministerpräsidenten auslösen muss. Dann würde nämlich bald der Beamtenapparat allein sein, weil wir keine Politiker mehr hätten. Insofern sind wir auch ausgesprochen zurückhaltend mit Rücktrittsforderungen beispielsweise an einen Justizminister, wenn wieder einmal ein Straftäter entweicht, oder an einen Innenminister, wenn ein Polizeieinsatz aus dem Ruder läuft. Hier ist doch generell zu erwarten, dass sich Politiker andauernd und anhaltend um eine Besserung der Zustände bemühen.

Im Übrigen war ich als Zeitzeuge auch nicht der Auffassung, dass der seinerzeitige Innenminister Rudolf Seiters, dessen Vorgehen gern als Beispiel herangezogen wird, wegen der Vorgehens in Bad Kleinen hätte zurücktreten sollen.

Willy Brandt und die derzeit vielgenannte Guillaume-Affäre waren insofern ein Sonderfall, als nicht der Eindruck entstehen durfte, dass ein deutscher Bundeskanzler durch eine ausländische Macht erpressbar sein könnte. Deswegen war sein Rücktritt unvermeidlich.

Was macht man aber in den Fällen, wo Politiker mit einer realitätsfernen Auffassung von ihren Fähigkeiten bereits umfassenden Schaden für ihr Land, egal ob materiell oder ideell, hervorgerufen haben und sich anschicken, mit ihrem Kurs fortzufahren? Dabei scheint es geradezu ein Wesensmerkmal solcher Politiker zu sein, dass sie die Aufforderung zur Übernahme von Verantwortung immer nur als Aufforderung zum Verbleib in ihren derzeitigen Funktionen

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

oder gar zur Übernahme höherer Ämter verstehen. Wenn der Ministerpräsident heute die Vertrauensfrage stellt, dann wird er nicht allen Ernstes erwarten, dass die Opposition ihm das Vertrauen ausspricht. Aber Matthias Platzeck stellt nicht allein die Vertrauensfrage. Er verknüpft heute sein Verbleiben im Amt als Ministerpräsident dieses Landes damit, dass er mit Zustimmung des Landtags Aufsichtsratsvorsitzender der FBB werden darf. „Wenn ich nicht Aufsichtsratsvorsitzender werden darf, dann trete ich als Ministerpräsident zurück“, das ist der Anspruch, der heute zur Abstimmung gestellt wird. Er fordert Ver-

trauen ein, ohne einen Zeithorizont oder einen finanziellen Rahmen abzustecken. Kurz, er fordert einen Blankoscheck. Damit ist aber das Nein nicht allein Pflichtaufgabe für die Opposition, sondern Notwendigkeit für jeden Abgeordneten hier im Hause.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Denn angesichts seiner bisherigen Fehlleistungen im Aufsichtsrat der FBB, angesichts all der finanziellen Folgekosten, die den politischen Handlungsspielraum dieses kleinen Landes Brandenburg für noch viele nachfolgende Regierungen einschränken werden, angesichts des weltweiten Rufschadens, für das auch sein Versagen als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats steht, kurz aufgrund all des Schadens, den sein Wirken im Aufsichtsrat für das Land Brandenburg schon hervorgerufen hat und weiter hervorbringen wird, ist diese Verknüpfung von Amt und Mandat Hybris, persönliche Verstiegenheit, ein von ihm ganz allein zu vertretender Beleg dafür, dass er als Ministerpräsident dieses Landes in der Tat nicht mehr geeignet ist.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Aber machen wir uns nichts vor: Genauso wie Klaus Wowereit keinen Zweifel am Ausgang des Misstrauensvotums hatte, wird auch Matthias Platzeck in wenigen Minuten bekunden, dass er keinen Zweifel hatte, dass die Koalition hinter ihm steht.

(Zurufe von der SPD)

Er wird das Abstimmungsergebnis als Beweis dafür deuten, dass seine Mannen und Frauen seine Politik in puncto Nachtflug, reduzierter Lärmschutzaufgaben und weiterer Folgekosten für den Flughafen mittragen, von Herrn Kosanke bis Frau Wehlan.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Die Linke, von der außer einigen verschwurbelten Ankündigungen, man erwarte ein Überdenken der Ruhezeiten beim Nachtflugverbot, nichts zu hören war, wird sich wieder einmal viel zu billig verkauft haben. Im Gegensatz zur CDU in Berlin übrigens, die zwar der rot-schwarzen Regierung, nicht jedoch Wowereit das Vertrauen ausgesprochen hat, wird sich die Linke an Matthias Platzeck als Person binden. Aber was heute als leicht errungener Sieg des Ministerpräsidenten wirken mag, wird am Ende teuer bezahlt werden, vielleicht nicht von ihm persönlich, aber mit Sicherheit von den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Brandenburg. - Recht herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Präsident Fritsch:

Als Letzter auf der Rednerliste erhält der Abgeordnete Christoph Schulze das Wort.

Schulze (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese heutige Aussprache ist der vorläufige, sicher nicht der letzte Höhepunkt einer schier endlosen Geschichte, die dieses Haus über 20 Jahre begleitet. 1991 wurde im Landtag Brandenburg das Vorschaltgesetz zum Landesplanungsgesetz beschlossen. Da

wurde das erste Mal die Frage eines Großflughafens, eines Standorts thematisiert. Seitdem gibt es in diesem Hause ein mehr oder weniger großes Ringen, was wo wie passieren soll.

Herr Ministerpräsident, ich gebe Ihnen Recht, es gibt jetzt nun einmal einen Standort. Und dass es die Aufgabe der Regierung ist, sich zu bemühen, dies erfolgreich zu Ende zu bringen, das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber die Frage ist nicht, ob man es zu Ende bringt, sondern wie man es zu Ende bringt.

Womit wir es hier zu tun haben, ist letztendlich ein politisches Vollversagen nicht nur im Aufsichtsrat, nicht nur in der Landesregierung, sondern auch hier im Landtag Brandenburg. Jeder, der ein wenig ehrlich ist, wird sich das eingestehen müssen. Wir haben heute in dieser Debatte gehört, dass es vornehmlich um materielle Werte geht: Wie viel Geld wird uns das kosten, wie viel Zeit? Wer leidet wirtschaftlich wann und wie darunter?

Ich möchte eine andere Problematik in den Mittelpunkt meines Beitrags stellen. Das ist der immaterielle Wert, die Frage des Vertrauensverlusts, die Frage: Gibt es noch ein Grundvertrauen in Politik, oder gehen die Leute letztendlich von dem aus, was spöttisch schon immer gesagt wird: „Die machen ja, was sie wollen.“ In dieser Hinsicht haben wir einen politischen Total Schaden. Jeder, der sich das vergegenwärtigen will, möge sich den Kommentar von Elmar Theveßen, dem stellvertretenden Chefredakteur des ZDF, vom 7. Januar in der Mediathek anschauen. Ich meine, er hat es auf den Punkt gebracht.

Das, was ich Ihnen jetzt zu sagen habe und worum es hier geht, ist die Wiedergewinnung von Vertrauen. Herr Ministerpräsident - Herr Vogel hat das gut herausgearbeitet -, Sie fordern heute einen Vertrauensvorschuss von diesem Haus - bei all dem, was in der Vergangenheit passiert ist. Ich werde am Ende mein Resümee ziehen.

Was ist die Frage vor Ort? Im engeren Umfeld des Flughafens herrschen Verzweiflung, Wut, Enttäuschung, ein vollständiger Vertrauensverlust in die handelnden Personen. Das kann man nicht nur in der MAZ-Umfrage, an der mittlerweile über 1000 Leute teilgenommen haben und die schon einen repräsentativen Wert hat, nachlesen. Ich habe mir in der letzten Woche erlaubt - wir alle sind ja von der Problematik auf dem linken Fuß erwischt worden -, eine Umfrage zu machen. Es gab 142 Rückmeldungen; 139 Mal hieß es: Nein, der Ministerpräsident soll nicht den Aufsichtsratsvorsitz übernehmen, und 139 Mal: Ich soll ihm nicht das Vertrauen aussprechen. - Daran kann man sich orientieren. Drei, die mir geschrieben haben, sagen: Doch, das soll man tun. Das zeigt ein ähnliches Verhältnis wie die MAZ-Umfrage. Umfragen sind Umfragen, die einen äußern sich, die anderen nicht. Man darf das nicht in den Himmel heben, aber es sind schon Dinge, die man bedenken muss.

Im weiteren Umfeld, das heißt nicht im direkten Einflugsbereich, nicht dort, wo unbedingt der Fluglärm „das“ Problem ist, herrschen Sprachlosigkeit und Verzweiflung auch bei denjenigen, die guten Willens waren und sich auf diesen Flughafen eingelassen haben. Auch sie sind verunsichert, wütend und haben kein Verständnis mehr.

Womit haben wir es zu tun? Am 6. Januar sickert durch: Der Eröffnungstermin wird zum soundsovielten Mal verschoben. Am 7. Januar steht es in der Zeitung. Am 8. Januar wird beschlossen: Es kommt zu Landtagssitzung, Sondersitzung, Vertrauens-

frage und Aussprache. Ich darf Ihnen sagen, wie ich das empfinde. Erstens haben wir heute wieder eine typische Rollenverteilung gesehen, die ich zum Teil schade finde, weil ich die Sache für zu wichtig halte, als dass man sich in die üblichen Klischees begibt. Ich finde es schade, dass mit dieser Vertrauensfrage - das sehe ich ganz genauso wie einige Vorredner - ein gewisser Druck, eine Disziplinierung ausgeübt wird. Ich sage es ganz deutlich, und so sehe ich es auch.

(Bischoff [SPD]: Quatsch!)

- Ich finde es hervorragend, Herr Bischoff, dass Sie das als Quatsch bezeichnen. Das ist ja das Schlimme, dass man in diesem Land keine andere Meinung haben kann, ohne dass diese von Ihnen sofort mit dem Ausdruck Quatsch belegt würde.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Das ist genau die Form von Arroganz, die uns dahingeführt hat, wo wir heute sind.

Meine sehr verehrten Kollegen, waren die Regierungserklärung und die Landtagssitzung heute nötig? Ich glaube ja. Aber war die Vertrauensfrage notwendig? Dazu sage ich fest nein. Denn was ist damit verbunden? Natürlich ist damit verbunden, wenn der Landtag dem Ministerpräsidenten heute das Vertrauen ausspricht, dass wegen dieser ultimativen Vorfestlegung stets und ständig alles so getan werden muss, egal, was da kommt. Das finde ich in der Frage der Selbstbestimmung dieses Parlaments nicht in Ordnung.

Ich möchte an Folgendes erinnern: Es sind neben Frau Stark auch andere Matadoren hier, die sich 1989/90 an der friedlichen Wende beteiligt haben. Was haben wir denn damals gewollt, was haben wir postuliert? Wir haben gesagt: Wir wollen, dass nie wieder Politik über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht wird. Wir wollen nie wieder zulassen, dass aktiv Politik gegen Menschen gemacht wird. Wir wollen Ehrlichkeit, Vertrauen und Transparenz. - Wenn ich mir anschau, wo wir nach 22 Jahren angekommen sind, dann ist mir manchmal angst und bange. Wir haben vieles von dem Erreichten wieder verloren und manches regelrecht verraten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Regierungserklärung habe ich eines vermisst, so wie schon in der Regierungserklärung zur Nichteröffnung des Flughafens am 3. Juni. Ich hätte vom Ministerpräsidenten - das sage ich auch im Namen vieler Bürgerinnen und Bürger, die mich in der letzten Woche angerufen oder angesprochen haben - das Wort erwartet: „Ich habe Fehler gemacht, es tut mir leid.“ Was ist daran so schlimm? Dabei bricht niemandem ein Zacken aus der Krone.

(Zurufe aus der SPD)

Ich habe die Regierungserklärung hier, ich habe sie verfolgt. Sie ist wortwörtlich so vorgetragen worden - bis auf ganz kleine Nuancen. Aber von individuellen Fehlern steht nichts darin. Schuld waren immer alle gemeinsam, aber niemals jemand persönlich. Das halte ich nicht für richtig.

(Vereinzelt Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Ministerpräsident hat nicht nur zu Beginn dieser Wahlperiode, sondern schon davor einen Amtseid geschworen. Er lautet:

„Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle der Menschen des Landes Brandenburg widmen, ihren Nutzen mehren, Schaden von ihnen wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

Da meine letzte Redeminute läuft, werde ich das nicht in der epischen Breite ausführen können, wie ich es eigentlich vorhatte. Aber ich will auf den letzten Punkt, Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben, eingehen. Das, was ich einfordere, ist, dass Gerechtigkeit gegenüber denen geübt wird, die die Suppe auslöffeln müssen, nämlich den Betroffenen.

Damit komme ich zum Punkt. Im Punkt 5 auf Seite 13 der Regierungserklärung sagt der Ministerpräsident, dass die Frage des Lärmschutzes und der Akzeptanz noch weiter ins Zentrum der Diskussion zu rücken ist. Das müssen die Betroffenen nun wirklich als Verhöhnung empfinden, und ich empfinde das auch so. Das hat niemals im Zentrum gestanden. Es war immer ein eher lästiges Nebenthema. Ich sehe auch jetzt nicht, dass es hierzu viele konkrete Aussagen gibt. „Das Schallschutzprogramm wird komplett umgesetzt“, heißt es. Das Schallschutzprogramm ist bisher mit Füßen getreten worden, die Interessen der Bürger sind mit Füßen getreten worden.

(Ness [SPD]: Eine Milliarde Euro!)

Erzählen Sie doch nicht so etwas, Herr Ness, es ist auch nicht eine halbe Milliarde. 15 Millionen Euro sind ausgegeben worden, und das nach sieben Jahren. Entschuldigung, das ist doch lächerlich.

Meine Damen und Herren, wir hatten in der letzten Sitzung die Diskussion über die Lärmschutzkriterien. Null mal 55 dB (A) oder 0,45 mal 55 dB (A), das sind keine Petitesse. Ich möchte Ihnen im Namen der Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises, die im Wesentlichen die Suppe auslöffeln müssen, ans Herz legen: Überlegen Sie sich das genau mit dem Vertrauensvorschuss. Mein Vertrauen hat der Ministerpräsident nicht. Vertrauen kann man nicht beschließen. Vertrauen kann wachsen, das kann er sich erwerben. Da bin ich offen, weil wir letztlich zueinander kommen müssen.

Präsident Fritsch:

Herr Schulze, Sie haben Ihre letzte Minute doppelt überzogen.

Schulze (fraktionslos):

Die heutige Verknüpfung von Aufsichtsratsvorsitz und Vertrauensfrage empfinde ich als Zumutung. Ein Blankoscheck war noch nie eine gute Sache.

(Vereinzelt Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Präsident Fritsch:

Die letzten vier Minuten der Redezeit möchte der Wirtschaftsminister in Anspruch nehmen.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Schulze, Ihre Rede hat mich dazu gebracht, ans Mikrofon zu treten.

Es gibt in den letzten Wochen und Monaten deutschlandweit eine Debatte über eine politische Verantwortungsethik. Jeder kann natürlich zu unterschiedlichen Auffassungen kommen, wie Verantwortung wahrzunehmen ist. Das ist legitim. Dann bitte ich aber anzuerkennen, dass alle Auffassungen legitim sind.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, dass ich die Entscheidung des Ministerpräsidenten unterstütze, als Aufsichtsratsvorsitzender zu kandidieren.

Ein zweiter Punkt: Ich möchte an dieser Stelle zurückweisen, dass ich durch das Stellen der Vertrauensfrage in meiner Gewissensfreiheit eingeschränkt bin. Als Abgeordneter dieses Landes kann ich Gewissensfreiheit ausüben und mich so entscheiden, wie ich mich dann entscheiden werde. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit beenden wir die Debatte. Sie haben die Regierungserklärung zur Kenntnis genommen. Wir

kommen zur Abstimmung über die Drucksache 5/6647, Antrag des Ministerpräsidenten, Vertrauensfrage gemäß Artikel 87 der Landesverfassung. Die CDU-Fraktion hat hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben? - Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie um etwas Geduld für die Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich bitte noch um einen kleinen Moment Ruhe; das spannende Ergebnis der Auszählung liegt vor: Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 32.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 5600)

Herr Ministerpräsident, ich gratuliere Ihnen und dem Land Brandenburg und wünsche eine erfolgreiche weitere Arbeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der Fraktion DIE LINKE und zahlreichen Mitgliedern der Landesregierung)

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sondersitzung - es war die 68. Sitzung des Plenums des Landtages Brandenburg - und wünsche uns allen weiterhin eine erfolgreiche gemeinsame Arbeit.

Ende der Sitzung: 14.01 Uhr

Anlagen**Gefasster Beschluss****Vertrauensfrage gemäß Artikel 87
der Verfassung des Landes Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 68. (Sonder-)Sitzung am 14. Januar 2013 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag spricht dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg gemäß Artikel 87 der Verfassung des Landes Brandenburg mit den Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtages (55 Jastimmen) das Vertrauen aus.“

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 1 - Vertrauensfrage gemäß Artikel 87 der Verfassung des Landes Brandenburg - Antrag des Ministerpräsidenten - Drucksache 5/6647**Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:**

Frau Alter (SPD)
Baaske (SPD)
Baer (SPD)
Dr. Bernig (DIE LINKE)
Bischoff (SPD)
Büchel (DIE LINKE)
Christoffers (DIE LINKE)
Domres (DIE LINKE)
Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Fritsch (SPD)
Frau Geywitz (SPD)
Görke (DIE LINKE)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Holzschuher (SPD)
Jürgens (DIE LINKE)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)
Kosanke (SPD)
Krause (DIE LINKE)
Kretzschmar (DIE LINKE)
Kuhnert (SPD)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Loehr (DIE LINKE)
Ludwig (DIE LINKE)
Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Maresch (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Ness (SPD)
Platzack (SPD)

Pohl (SPD)
Richter (SPD)
Rupprecht (SPD)
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Schippe (SPD)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Theiss (SPD)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Dr. Woidke (SPD)
Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Beyer (FDP)
Frau Blechinger (CDU)
Bommert (CDU)
Bretz (CDU)
Büttner (FDP)
Burkardt (CDU)
Dombrowski (CDU)
Eichelbaum (CDU)
Genilke (CDU)
Goetz (FDP)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Frau Heinrich (CDU)
Hoffmann (CDU)
Homeyer (CDU)
Jungclaus (GRÜNE/B90)
Lakenmacher (CDU)
Lipsdorf (FDP)
Frau Dr. Ludwig (CDU)
Frau Niels (GRÜNE/B90)
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Petke (CDU)
Frau Richstein (CDU)
Frau Schier (CDU)
Prof. Dr. Schierack (CDU)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Schulze (fraktionslos)
Senftleben (CDU)
Frau Teuteberg (FDP)
Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Vogel (GRÜNE/B90)
Wichmann (CDU)

Anwesenheitsliste

Frau Alter (SPD)
Herr Baaske (SPD)
Herr Baer (SPD)
Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
Herr Beyer (FDP)
Herr Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Herr Bommert (CDU)
Herr Bretz (CDU)
Herr Büchel (DIE LINKE)
Herr Burkardt (CDU)
Herr Christoffers (DIE LINKE)

Herr Dombrowski (CDU)	Herr Ludwig (DIE LINKE)
Herr Domres (DIE LINKE)	Herr Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Herr Eichelbaum (CDU)	Frau Mächtig (DIE LINKE)
Herr Folgart (SPD)	Herr Maresch (DIE LINKE)
Frau Fortunato (DIE LINKE)	Frau Meier (DIE LINKE)
Herr Genilke (CDU)	Frau Melior (SPD)
Frau Geywitz (SPD)	Frau Dr. Münch (SPD)
Herr Görke (DIE LINKE)	Frau Muhß (SPD)
Herr Goetz (FDP)	Herr Ness (SPD)
Frau Gregor-Ness (SPD)	Frau Niels (GRÜNE/B90)
Herr Groß (DIE LINKE)	Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Frau Große (DIE LINKE)	Herr Petke (CDU)
Herr Günther (SPD)	Herr Pohl (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)	Frau Richstein (CDU)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)	Herr Richter (SPD)
Frau Heinrich (CDU)	Herr Rupprecht (SPD)
Herr Henschke (DIE LINKE)	Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)	Frau Schier (CDU)
Herr Dr. Hoffmann (fraktionslos)	Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
Herr Holzschuher (SPD)	Herr Schippel (SPD)
Herr Homeyer (CDU)	Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Herr Jürgens (DIE LINKE)	Herr Schulze (fraktionslos)
Herr Jungclaus (GRÜNE/B90)	Frau Stark (SPD)
Frau Kaiser (DIE LINKE)	Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)	Frau Tack (DIE LINKE)
Herr Kosanke (SPD)	Frau Teuteberg (FDP)
Herr Kuhnert (SPD)	Frau Theiss (SPD)
Herr Kretzschmar (DIE LINKE)	Herr Tomczak (FDP)
Herr Lakenmacher (CDU)	Frau Vogdt (FDP)
Frau Lehmann (SPD)	Herr Vogel (GRÜNE/B90)
Frau Lieske (SPD)	Frau Wehlan (DIE LINKE)
Herr Lipsdorf (FDP)	Frau Wöllert (DIE LINKE)
Herr Loehr (DIE LINKE)	Herr Dr. Woidke (SPD)
Frau Dr. Ludwig (CDU)	Herr Ziel (SPD)

